

Wöchentlich 55 Pfg., monatlich 3,00 M.
Im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M.
einjährig, Bestellschein, Auslandsbestellung
6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags
zweimal, Sonntags und Feiertagen
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beilagen „Welt
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Jugend“, „Blitz“ in die
„Räderwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konvertierung
des Weimarer Reiches in ein
Reich der „kleinen Angelegenheiten“
das heißt die Weimarer Verfassung
jedes weiteren Wortes
12 Weimarer, Stellenangebote das erste
Wort 15 Weimarer, jedes weitere Wort
10 Weimarer, Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt
Seite 60 Weimarer, Familienangelegenheiten für
Abonnenten Seite 60 Weimarer, Anzeigen-
annahme im Hauptgeschäftlichen
Büro 3. wochentags von 9 bis 12 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Töndhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonten: Berlin 57 586 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Postfach 1000 Berlin 3

Staatsgerichtshof gegen Reudell.

Der Einspruch der Länder für begründet erklärt. — Reudell abgewiesen.

Leipzig, 2. Mai.

In Sachen des Roten Frontkämpfer-Bundes hat das Reichsgericht (4. Strafsenat) heute nachmittag beschlossen:

1. Die Weigerung der Landeszentralbehörden, dem Ersuchen des Reichsinnenministers vom 16. April 1928 auf Verbot und Auflösung des Roten Frontkämpfer-Bundes, der Roten Marine und der Roten Jungfront nebst sämtlichen Ortsgruppen nachzukommen, ist begründet;

2. die Kosten des Verfahrens werden dem Deutschen Reich aufgelegt.

Der Senat hält die Voraussetzungen des § 120 StGB für den gesamten Roten Frontkämpfer-Bund und sämtliche Ortsgruppen nicht für erwiesen. In Frage kämen nur Einzelverbote für bestimmte Ortsgruppen oder Gauen, bei denen jener Beweis vorliegt. Solche Verbote stehen heute nicht zur Entscheidung des Gerichts. Die nähere Begründung wird in einigen Tagen erfolgen.

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofs ist eine klatschende Ohrfeige für Herrn von Reudell. Er erhält vom obersten Gerichtshof bescheinigt, daß sein Verbotsersuchen unbegründet war — eine politische Aktion zu Wahlzwecken, die der Rechtsgrundlage entbehre.

Die preussische Staatsregierung hat sich schützend vor das Recht gestellt. Der Staatsgerichtshof hat ihre Haltung für begründet erklärt. Auf der Seite der preussischen Staatsregierung stehen das Recht und die demokratischen Garantien der Verfassung — auf der Seite Reudells die Willkür, der Wille zur politischen Unterdrückung und zum parteipolitischen Wahlmanöver. Diese Entscheidung des Staatsgerichtshofs unterstreicht, was jeder politisch Einsichtige in Deutschland längst weiß: die preussische Staatsregierung unter sozialdemokratischer Führung ist die lebendige Garantie der demokratischen Rechte — auch gegen den deutschnationalen Verfassungsminister in der Reichsregierung.

Die Niederlage des Herrn von Reudell ist vollkommen. Mag er auch sein Dasein als Reichsinnenminister bis zur Wahl weiterfristen — er ist ein politisch völlig erledigter Mann.

Das Recht der Demokratie hat über die Willkür gesiegt — das ist ein Schlag nicht nur für Herrn von Reudell, sondern auch für die Kommunisten. Sie haben den preussischen Einspruch als einen Protest der Phrase bezeichnet, sie haben die irrillnige Behauptung aufgestellt, daß Genosse Orzeszinski, Reudell und der Staatsgerichtshof unter der Decke zusammenarbeiten. Der Spuk ihrer verlogenen Demagogie hat genau vierzehn Tage lang vorgehalten. Noch am 1. Mai erzählte die „Rote Fahne“, Genosse Orzeszinski springe als

Schildkröte für Reudell in die Bresche, um Reudell vor dem Staatsgerichtshof zu helfen.

Die Kommunisten haben darauf geschworen, daß der Staatsgerichtshof den Rotfrontkämpferbund verbieten werde. Sie haben das Eintreten der preussischen Staatsregierung und der Sozialdemokratie für die verfassungsmäßige Freiheit und das Recht in der Demokratie als Phrase, Illusion und Demagogie verhöhnt. Am 21. April schrieb die „Rote Fahne“:

„Wir sind sicher, daß tausende und abertausende sozialdemokratische Arbeiter nicht begreifen, daß die sozialdemokratische Opposition gegen Reudell nicht eine Rückkehr zu revolutionären Traditionen, sondern ein demagogischer Verrat der Klasseninteressen des Proletariats ist. Diese Frage wollen wir gerade den sozialdemokratischen Arbeitern beantworten.“

Denn die Tatsache, daß die Sozialdemokratie in Preußen, wo sie die Macht ausübt, gar nichts für das Proletariat erreichen konnte, beweist, daß die spezielle Rolle der sozialdemokratischen Koalitionsregierungen unter der Herrschaft des Bürgerblocks eben darin besteht, den breiten Massen des Proletariats vorzutäuschen, daß sie auf dem Wege der „Demokratie“, sei es nun der sozialdemokratischen Koalitionsregierung oder der parlamentarischen Wahlendemokratie, ihre Existenz gegenüber der Gewalt der Trustringen zu verteidigen könnten. Und ebenso steht es mit dem Einspruch der Koalitionsregierungen gegen das Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes. Die Koalitionsregierungen protestieren, appellieren an die demokratische Verfassung und ihre Organe, um das Proletariat zu verwirren, um die Sammlung einer proletarischen Einheitsfront zu verhindern; — aber das Trustringkapital mit seinem Staatsgerichtshof wird handeln.“

Aus dem Geiste der Willkür, der Unterdrückung des politischen Gegners heraus, der in Sowjetrußland wütet, waren diese Zeiten gegen die Demokratie geschrieben. Sie sollten der Arbeiterschaft einreden, daß kein Recht und kein Schutz für sie in der Demokratie sei, daß es unnütz sei, mit der Waffe der Demokratie gegen die Reaktion anzukämpfen.

Die „Täuschung“ und der „demagogische Verrat“ haben sich als höchst realer Machtfaktor erwiesen. Die Freiheit in der Demokratie, das Recht des Staatsbürgers sind geschützt worden — auch für die kommunistische Partei und ihre Organisationen. Von denen, die für ihr Eintreten für die demokratischen Rechte von den Kommunisten wüst beschimpft und dreist verleumdet werden.

Die kommunistische Partei wollte den Streich Reudells benutzen, um im Wahlkampf die demokratische Haltung der Sozialdemokratie vor der Arbeiterschaft zu verdächtigen. Ihre Absicht ist ebenso kläglich zusammengebrochen wie ihre Hoffnung, daß der Staatsgerichtshof den Rotfrontkämpferbund verbieten werde. Es ist nichts mit der bequemen Parole: leht, die Reaktion unterdrückt uns! Auf dem Boden voller staatsbürgerlicher Freiheit und demokratischen Rechts müssen sie Rede stehen über das, was sie sind und was sie tun — und die Arbeiterschaft wird ihnen am 20. Mai die Antwort geben!

gestellten etwa 2000 Demonstranten auf. In der Möbelindustrie feierten zwei Drittel der Arbeiterschaft.

Verhaftet wurden hier Dienstagabend 84 Personen, die kommunistische Flugblätter verteilt haben oder sich weigerten, den Anordnungen der Verkehrspolizei Folge zu leisten. zehn zur Flugblattverteilung bestimmte Automobile und Motorräder der kommunistischen Partei sind beschlagnahmt worden.

Im gesamten Seinedepartement demonstrierten 50 Proz. der Arbeitnehmer. In den Häfen Marseille, La Rochelle und Orient veranstalteten die Hafenarbeiter Umzüge. In den Marinewerken und Dock ruhte die Arbeit völlig. In Orient feierten die Straßenbahner.

Summitnüttel gegen Maiseier.

Riga, 2. Mai. (Eigenbericht.)

In Altauen wurden bei dem Versuch, am 1. Mai zu demonstrieren, 72 Personen verhaftet. Alle Versuche, in geschlossenem Zuge durch die Straßen zu marschieren, wurden in Rowno und ebenso auf dem Lande von der Polizei mit Summitnütteln vereitelt.

Die Toten von Warschau.

Warschau, 2. Mai.

Nach den letzten Feststellungen beträgt die Zahl der gestern in Warschau Getöteten neun. Verwundet wurden viele, darunter eine größere Anzahl sehr schwer. Ueber 400 Verhaftungen sind erfolgt.

Arbeitslohn / Arbeitslosigkeit.

In Sowjetrußland und anderwärts.

Von Wladimir Woytinsky.

Wenn man über den Sozialismus als über eine höhere Form der gesellschaftlichen Organisation spricht, die den Kapitalismus ablösen muß, so meint man, daß diese Form ein schnelleres Wachstum der produktiven Kräfte und ihre bessere Bewertung im Interesse der Gesamtheit ermöglichen, die Krisen und die Arbeitslosigkeit aus der Welt schaffen, das Lebensniveau der Volksmassen heben wird.

Für die Sozialdemokratie ist der Kampf um die Erweiterung des Bereiches der öffentlichen Hand von Forderungen sozialer Art untrennbar: der Staat als Arbeitgeber muß für die von ihm Beschäftigten vorbildliche Bedingungen schaffen, er muß für das Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt sorgen und seine Bestellungen so verteilen, daß die saisonmäßigen und konjunkturellen Schwankungen des Beschäftigungsgrades möglichst ausgeschaltet werden. Die Wiener Stadtverwaltung zum Beispiel hat bewiesen, daß eine von Sozialisten geleitete Gemeinde sehr im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft vieles in dieser Richtung erreichen kann.

Wollen wir uns ansehen, was auf diesem Gebiet in Sowjetrußland mit den Methoden der Diktatur erreicht worden ist. Ueber die Arbeitslöhne in Rußland wurde schon sehr viel geschrieben; es ist kaum notwendig, noch einmal zu betonen, daß die russischen Arbeiter unter dem bolschewistischen Regime sehr wenig verdienen. In der Gestaltung der Löhne in Rußland sind freilich gewisse Eigentümlichkeiten zu verzeichnen, die voll anerkannt werden sollen — wir meinen vor allem das System der vom Staat kontrollierten Manteltarife, in denen nur wenige Sätze beweglich sind. Auch die Fragen des jährlichen Urlaubs, der Arbeit der Schwangeren und ähnliches finden in Rußland eine bessere Lösung als in den anderen Staaten. Man darf also nicht die Arbeitsverhältnisse in Rußland schwarz auf schwarz malen. Das außerordentlich niedrige Niveau der Löhne in Rußland kann aber weder durch diese Umstände, noch durch das Bestehen des von der Märzrevolution des Jahres 1917 eingeführten Achtstundentages verhüllt werden. Nach den amtlichen Angaben war der durchschnittliche Monatslohn in der Sowjetindustrie im August 1927 35,2 „Warenrubel“, d. h. Rubel mit der Kaufkraft des Jahres 1913. Dieses entspricht etwa 100 M. mit der gegenwärtigen Kaufkraft. Mit anderen Worten: der durchschnittliche Reallohn ist in Rußland etwa um 50 Proz. niedriger als in Deutschland (bei gleich langer Arbeitszeit in den beiden Ländern und unter Berücksichtigung des Unterschiedes in der Höhe der Lebenskosten). Mit der Vorkriegszeit verglichen, sind die Reallohne in Rußland nach einer katastrophalen Senkung in den Jahren des „Kriegskommunismus“ etwa auf den alten Stand zurückgekehrt, der vor dem Kriege allgemein als vollständig unzureichend anerkannt wurde.

Höchst kennzeichnend sind starke Abweichungen vom angeführten Durchschnittslohn in den einzelnen Industriezweigen und Gebieten. Am höchsten sind die Löhne in Moskau; hier bekam der Arbeiter im August 1927 durchschnittlich 88,17 Tschermonek-Rubel. Schon in Leningrad bleiben die Löhne hinter denen in Moskau zurück — sie betragen um diese Zeit durchschnittlich 83,07 Rubel. In den Provinzstädten sind die Löhne noch niedriger, und zwar um so niedriger, je größer die Entfernung dieser Städte vom Kreml ist: so machten sie im August 1927 im Ural durchschnittlich 50,61 Rubel aus.

Wenn das niedrige Durchschnittsniveau der Löhne in Rußland vor allem von der schlechten Verwaltung seiner Industrie abhängt, so zeugen die Unterschiede in der Lohnhöhe zwischen den einzelnen Gebieten von einer Lohnpolitik, der der Geist der sozialen Gerechtigkeit fremd ist. Als höchst unsozial muß auch die große Spanne zwischen den Löhnen der Männer und der Frauen, sowie der gelerntten und ungelerten Arbeiter gekennzeichnet werden. In Deutschland erhält die Arbeiterin etwa um 25 Proz. weniger als der männliche Arbeiter. In denselben Grenzen bleibt auch die Spanne zwischen dem durchschnittlichen Lohn eines gelernten und ungelerten Arbeiters, der 50 M. bzw. 37 M. wöchentlich beträgt. In Rußland machte im Jahre 1926 der Lohn einer Arbeiterin im Durchschnitt 63 Proz. des Lohnes eines männlichen Arbeiters aus („Statistical Review“, Moskau, 1927, S. 75). Der Lohn eines gelernten Arbeiters betrug in dem gleichen Jahre im Vergleich zu dem Lohn eines ungelerten Arbeiters:

bei niedriger Qualifikation des Arbeiters	150—220 Proz.
mittlerer	220—280
höchster	280—350

Am schlechtesten steht es allerdings mit den Landarbeitern einerseits und den Volksschullehrern andererseits. Die Zahl der ländlichen Arbeiter ist in Rußland sehr hoch — kaum kleiner als die der Arbeiter in der

Die Maiseier im Ausland.

Militäraufgebot in Paris.

Paris, 2. Mai. (Eigenbericht.)

Der Innenminister Sarraut, dessen rigoroser Unterdrückungspolitik die Kommunisten bei den Wahlen einen Zuwachs von nahezu 200 000 Stimmen verdanken, scheint seine unfreiwillige Tätigkeit im Dienste der moskowitischen Propaganda forsieren zu wollen. Er hat der Feier des 1. Mai ein ausgesprochen militärisches Gepräge gegeben und nicht nur die gesamte Pariser Garnison aufgeboten, sondern sogar mehrere Regimenter von auswärts beordert. Die französische Hauptstadt gleich am Dienstag einem bewaffneten Heerlager. An allen Verkehrsknotenpunkten, namentlich in den Seitenstraßen der Boulevards und in den Arbeitervierteln der Vorstädte waren Polizei und republikanische Garde zu Fuß und zu Pferd in Reihen konzentriert, um bei etwaigen Demonstrationsversuchen sofort eingreifen zu können.

Die Beteiligung an der Maiseier war trotz Sarraut außerordentlich stark. Die Bauarbeiter und die Chauffeurs der Autos fielen geschlossen. In den übrigen Verkehrsbetrieben betrug der Personalausfall ungefähr 15 Proz., so daß die Trambahnen, Autobusse und Untergrundbahnen den Verkehr aufrecht erhalten konnten. In der Metallindustrie der Pariser Gegend war die Arbeit zur Hälfte niedergelegt worden. Das Zeitungsgewerbe wies bei 31 700 Arbeitern und An-

Deutschnationale für Prügel!

Aufforderung zum Terror auf dem flachen Lande.

Staatsindustrie. Ihre Lage ist aber — selbst nach dem russischen Maßstab gemessen — höchst unerfreulich: nach den bekannten Enthüllungen der kommunistischen Opposition soll der Reallohn eines Landarbeiters gegenwärtig im Durchschnitt etwa um ein Drittel unter dem Stand der Vorkriegszeit stehen!

Das Gehalt der Volksschullehrer, deren Zahl in der UdSSR. 200 000 übersteigt, schwankt im Durchschnitt um 30 Tschermoney-Rubel im Monat, was ungefähr dem Betrage von 20 bis 25 M. in Deutschland entspricht. Auch wenn dem Volksschullehrer ein Zimmerchen im Schulgebäude zur Verfügung gestellt wird, muß diese Entlohnung (die unter dem minimalen Satz der Unterstützung der am niedrigsten bezahlten alleinstehenden Arbeitslosen in Deutschland steht) als ganz unzureichend anerkannt werden.

Gehen wir zur Frage der Arbeitslosigkeit über. Die Arbeitslosigkeit nimmt in allen Ländern mit Schwankungen der wirtschaftlichen Konjunktur ab und zu. Nur in Rußland schwankt die Arbeitslosigkeit nicht, sie wächst hier ununterbrochen an. Ihr Stand am 1. Januar 1927 ist aus folgenden Angaben ersichtlich:

Gewerkschaften	Mitglieder- bestand	Zahl der Arbeitslosen absolute Zahl	in Proz.
Landarbeiter	1 109 367	300 184	27,1
Industrie	3 393 532	432 641	12,7
Handgewerbe	599 349	227 000	37,9
Verkehrsmittel	1 536 582	222 633	14,5
Beamte und Angestellte	2 497 638	367 384	14,7
Sonstige	489 350	117 392	24,0
Insgesamt	9 625 845	1 667 524	17,3

(„Trombe“, 1927, 29. November.)

Diese erschütternden Zahlen kennzeichnen allerdings nur die amtlich registrierte Arbeitslosigkeit. Viel größer ist das Heer derjenigen, die, von keiner Registrierung erfasst, in den Städten und auf dem flachen Lande herumwandeln, fast ohne Hoffnung, Arbeit zu finden. Die Gesamtzahl solcher Arbeitslosen kann nicht genau ermittelt werden, es handelt sich hier aber um Millionen und abermals Millionen.

Ganze 463 000, d. h. etwa 28 Proz. der registrierten Arbeitslosen und kaum mehr als 10 bis 15 Proz. der Gesamtzahl der Arbeitslosen, bekommen staatliche Unterstützung u. g. die im Jahre 1927/1928, nach Tomsky, im Durchschnitt 14,14 Tschermoney-Rubel (etwa 10 M. nach den gegenwärtigen deutschen Preisen) monatlich erreichen soll, bis jetzt aber weit hinter diesem arbeitslosen Betrage bleibt. Diese Unterstützung erhält aber nur eine Minderheit der Erwerbslosen. Die übrigen sind, wenn sie von ihren Verwandten keine Hilfe erhalten, dem Hunger ausgeliefert.

Bergleichen wir die angeführten Zahlen mit denen für Deutschland, so erleben wir, daß es hier dem organisierten Proletariat gelungen ist, für seine Erwerbslosen eine viel wirksamere Staatshilfe zu erkämpfen; hier werden alle Erwerbslosen — in der einen oder anderen Form — unterstützt, und die Unterstützung, die sie erhalten und um deren weitere Erhöhung gekämpft wird, übersteigt um das Vielfache die Beträge, die Tomsky einer besonders bevorzugten Minderheit in Rußland verspricht. Nehmen wir einen Arbeitslosen mit Frau und zwei Kindern in Deutschland. Ist er ein mittlerer ungelernter Arbeiter, so gehört er bei der Berechnung der Unterstützung zur 7. Klasse und erhält 37,5 Proz. des Betrages seines Lohnes als Hauptunterstützung und weitere 5 Proz. für seine Frau und jedes Kind, im ganzen also 52,5 Proz., was — bei einem Wochenlohn von 37 M. — etwa 90 M. im Monat ausmacht. Ist er ein mittlerer gelernter Arbeiter, der etwa 50 M. wöchentlich verdient, so wird er als Arbeitsloser etwa 110 M. im Monat bekommen. Sicher ist es viel zu wenig! Wie traurig muß aber die Lage der Arbeiterklasse in einem Lande sein, wo ein volkswirtschaftlicher Arbeiter in der Sowjetindustrie im Durchschnitt — an Reallohn — soviel wie ein deutscher Arbeitsloser an Unterstützung bekommt, und wo ein Arbeitsloser nicht einmal auf ein Zehntel dieses Betrages rechnen kann!

Kein besonderer Scharfsinn ist erforderlich, um einzusehen, daß die hoffnungslos ungeheure Arbeitslosigkeit in Rußland mit dem wirtschaftlichen System der Sowjets aufs engste verbunden ist: in einem wirtschaftlich rückständigen Lande, wo die private Initiative erwürgt und die Industrie überbureaucratisiert ist, wo die Landwirtschaft systematisch ausgeplündert wird, wo der Handelsapparat zur Drosselung des Warenaustausches und zur künstlichen Verzerrung der Preise dient, in solch einem Lande kann die Produktion nicht die ihr zufließenden Arbeitskräfte aufsaugen, der Staat ist aber nicht imstande, den Arbeitslosen eine angemessene Unterstützung zu sichern.

Dieses ist ein neuer Beweis dafür, daß der Sozialismus durch eine gewaltsame Verstaatlichung der Fabriken noch nicht erreicht wird. Unter bestimmten Voraussetzungen soll die Verstaatlichung der Produktionsmittel zur Entwicklung der produktiven Kräfte, zur Hebung des Wohlstandes der Volksmassen, zur Befreiung des Menschen führen; sind aber solche Voraussetzungen nicht vorhanden, so treten entgegengesetzte Resultate in Erscheinung. . . . Wenn die Bolschewisten ihr Experiment vor hundert Jahren vorgenommen hätten, als die Gesetze der geschichtlichen Entwicklung von einem Schleier des Geheimnisses umhüllt waren, da hätten wir gesagt, daß dieses ein Irrtum ist — ein Irrtum, der zwar für das russische Volk und vor allem für das russische Proletariat verhängnisvoll ist, sich aber durch die übermäßige Kühnheit der Urheber des Experiments erklären und entschuldigen läßt. Aber siebzig Jahre, nachdem Marx der Menschheit den Weg zum Sozialismus gezeigt, dreißig Jahre, nachdem Plechanow die Lehre von Marx den Besonderheiten des russischen Lebens anzupassen verstanden hat, darf eine Partei nicht so irren, und wenn sie dennoch solche Fehler begangen hat, kann sie nicht auf einen Freispruch der Geschichte rechnen — am allerwenigsten, wenn sie sich gerade auf Marx und Plechanow beruft!

Sowjet-Terror.

Ein Zionist hingerichtet.

Romano, 2. Mai.

Die litauische Ortsgruppe der Zionisten-Jugendorganisation hat die Nachricht erhalten, daß in Chiwa (Russisch-Zentralasien) Samuel Bronstein, der ehemalige Leiter der entsprechenden zionistischen Vereinigung von Odessa, erschossen worden ist. Diese zionistische Gruppe ist in der Sowjetunion verboten.

Die „Deutsche Zeitung“ hat gegenüber anderen deutschnationalen Blättern den Vorzug der größeren Aufrichtigkeit. Darum wird sie auch mitunter von der deutschnationalen Parteileitung verleugnet, obwohl ihre Leitartikel vorwiegend von Deutschnationalen geschrieben werden. In der Abendausgabe dieses Blattes erhebt zum Beispiel Herr v. Frentag-Boringhoven für Horihy-Ungarn als Deutschlands Vorbild einen Vorwurf, zu dem sich selbst der „Berliner Lokal-Anzeiger“ kaum aufschwingen würde. Auf der dritten Seite derselben Nummer wird dann ein offener Brief abgedruckt, den ein sicherer Herr Siebeneicher vor achtzig Jahren geschrieben haben soll. Es wird die „prophetische Sehergabe“ dieses Briefes gerühmt und gesagt, daß er „auf die heutigen Zustände angewendet, Wahrheiten enthält, die wohl so manchen . . . zum Nachdenken bewegen könnten“. Die entscheidende „Wahrheit“ dieses offenen Briefes richtet sich gegen die Agitation antikonserverativer Elemente auf dem Lande. Es wird als Folge dieser Agitation vorausgesagt, „daß unsere Felder von wilden Raub- und Soldatenhorden zertreten, unser Vieh geraubt, unsere Wohnungen niedergebrannt, unsere Weiber und Töchter geschändet . . . werden“. Worauf — Anwendung auf die heutigen Zustände! — diese durch Fettdruck hervorgehobene Aufforderung folgt:

Wenn Ihr allen diesen schrecklichen Folgen vorbeugen wolle, so nehmet überall, wo sich diese moralischen Volksorgien zeigen, tüchtig Steine und schlaget sie aus Euren Schanzen und Dörfern hinaus, dann werdet Ihr bald Ruhe bekommen.

Damit wird von deutschnationaler Seite das Faustrecht auf dem flachen Lande proklamiert. Wer einen anderen für einen „Volkserzähler“ hält, soll diesen anderen mit dem Knüttel aus dem Dorf hinaus schlagen. Solche Aufforderungen zur Anwendung der nackten Gewalt im Wahlkampf sind in der deutschnationalen Presse möglich, während ein Deutschnationaler als Reichsinnenminister amtiert! Angeblich aus Rücksicht auf die „Wahl-

freiheit“ hat Herr v. Reudell die Konfrontationskämpfer verbieten wollen, womit er freilich elend hereingefallen ist. Was gedenkt er nun zu tun, um die verfassungsmäßig gewährleistete Wahlfreiheit gegen die offen proklamierte Vergewaltigung durch seine eigenen Parteigänger zu schützen?

Begen Flugblattverbreitung verprügelt!

Die Menschenpeinigung auf dem Lande.

Ein neuer Fall trassierter Landarbeitermißhandlung hat sich in diesen Tagen in Roddrow, Kreis Bütow, in Pommern abgespielt. Dem Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes wird darüber folgendes berichtet:

Am Sonntag, dem 1. April 1928, verteilte der Zimmermann M. wie üblich das Mitteilungsblatt des Deutschen Landarbeiterverbandes. Als er aus der Wohnung des Hofmeisters heraustrat, trat ihm auf dem Hausflur der Gutsbesitzer Gottlieb Ernst, Roddrow, entgegen. Er schlug sogleich auf M. mit den Worten ein: „Warum gibst du den Leuten die Zeitung?“ M. antwortete darauf: „Die Leute lesen doch die Zeitung und wollen sie auch haben.“ In der Zwischenzeit schlug Ernst ununterbrochen auf M. ein, um ihn dann derartig stark auf die gepflasterte Straße zu stoßen, daß er mit dem Gesicht aufschlug. Ernst schlug auch dann noch mit einem starken Rohrstock heftig auf M. ein. M. erhob sich und ging von dannen. Dabei vernahm er folgende Äußerung des Ernst: „Komme nicht noch einmal mit der Zeitung, sonst schlage ich dir die Knochen ganz kaputt.“

Alle Mahnungen des Deutschen Landarbeiterverbandes an die landwirtschaftlichen Unternehmer, die Mißhandlungen von Arbeitern zu unterlassen, trachten im Gegenteil. Die Mißhandlungen nehmen in erschreckendem Umfange zu. Besonders sind es die organisierten Landarbeiter, die der Peinigungswut der landwirtschaftlichen Unternehmer ausgesetzt sind.

Natürlich werden die Landarbeiter bei den Wahlen die Konsequenzen aus dem brutalen Verhalten ihrer Arbeitgeber ziehen, die ja beinahe ausschließlich durchweg den Rechtsparteien angehören.

Höhere Kohlenpreise beschlossen.

Eine Mark mehr pro Tonne. — Kein Veto des Reichswirtschaftsministers?

Das mit Spannung erwartete Ergebnis der gestrigen Abend-sitzung des Reichskohlenrats liegt vor. Die Kohlenpreise sollen im Durchschnitt um 1 M. pro Tonne erhöht werden.

Das Ziel des rheinisch-westfälischen Kohlenindustrials war sehr viel weiter gesteckt. Es hatte den Antrag gestellt, die gesetzliche Preiskontrolle durch die Kohlenwirtschaftsorgane und den Reichswirtschaftsminister zu beseitigen und innerhalb eines bestimmten Rahmens die Preisbestimmung dem Erzeuger zu überlassen. Dieser Angriff gegen die gesetzliche Kohlenwirtschaft ist durch die strikt ablehnende Haltung der Arbeiter zu Fall gebracht worden. Das ist um so bemerkenswerter, als das „Berliner Tageblatt“ noch glaubte machen zu können, daß das Reichswirtschaftsministerium grundsätzlich dieser Forderung zustimmen bereit war. Auf Grund welcher Bollwerke das geschehen wäre, ist uns allerdings unbekannt.

Nach dem riesenhaften Lärm der Zechenherren, die von einer zum Ausgleich der Lohnerhöhungen erforderlichen Kohlenpreiserhöhung um 8 Mark pro Tonne für den Inlandsabfahrsprachen, ist das Ergebnis fast so bescheiden, wie wir es erwartet haben. Wir hatten gesagt, daß die Zechenherren an der Ruhe sich schon eine Kohlenpreiserhöhung von 50 Pf. pro Tonne wegen der Gefahr des weiteren Vordringens der englischen Kohle im Inland sehr überlegen müßten und auch sehr überlegen würden. Unter diesem Gesichtspunkt werden auch die Zechenherren an der jetzt be-

schlossenen Verteuerung um 1 M. keine Freude haben.

Volkswirtschaftlich ist die Kohlenpreiserhöhung in hohem Maße bedauerlich. Es muß vom Reichswirtschaftsminister verlangt werden, daß er seine Stellungnahme zu dem Beschluß auf das gründlichste überprüft. Es ist ein Unsinn, im Bergbau Durchschnittserlöse zur Grundlage von Rentabilitätsprüfungen zu machen, und es ist eine Unmöglichkeit, die Folgen der internationalen Kohlenpreiserhöhung allein von der inländischen Wirtschaft tragen zu lassen. Noch bedauerlicher ist es, daß diese die industriellen Kohlenverbraucher und die breiten Massen bedrückende Kohlenverteuerung noch durch das scheinwissenschaftliche Gutachten der Mehrheit der Schmalenbachkommission gedeckt werden konnte, ein Gutachten, von dem das Reichswirtschaftsministerium offenbar selber glaubt, daß es im öffentlichen Interesse als unzuverlässig und in wesentlichen Punkten unrichtig abzulehnen ist.

Es ist gar kein Zweifel darüber, daß die vom Reichsreichtumsminister für verbindlich erklärte geringe Lohnerhöhung von den meisten Zechen, insbesondere aber von den mit Zechen kombinierten Hütten- und Stahlwerken hätte getragen werden können, die in den Eisenpreisen im Inland und im Ausland Ueberhöfe wie seit langem nicht erzielen können. Wir sind der Überzeugung, daß angeichts dieser Tatsache und der auch bei den meisten reinen Zechen noch möglichen Betriebsoverbilligung durch Rationalisierung die Erhöhung der Kohlenpreise wahrscheinlich hätte vermieden werden können.

Deutschnationaler Simpelfang.

Ein Zeugnis aus den Reihen des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes.

Ein Mitglied des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes schickt das folgende Rundschreiben an die Ortsgruppen des Verbandes:

„Liebe Kollegen! In der am 23. d. Mts. hier abgehaltenen Volksversammlung der DNVP, Hauptredner der Partei-Vorsitzende Graf Westarp, dienten Wertsgemeinschaftler als Saalschutz, und ich wurde aufgefordert, den Saal zu verlassen, als ich dagegen protestierte, daß der bekannte Wertsgemeinschafts-Major Koennede, M. d. L., dort für die edle Wertsgemeinschaftsidee warb.“

Die DNVP macht also jetzt ganz ungeniert gemeinsame Sache mit diesen „Bemerkungsfaktoren“, während sie gleichzeitig durch Aufstellen von Männern wie Lambach auf ihrer Liste unter den Mitgliedern unseres Verbandes Simpel fangen geht.

Bei der Vielseitigkeit dieser Partei sollte es natürlich auch nicht überraschen, wenn sie eines Tages aus „Treue um Treue“ von den durch nichts anscheidbaren gelben „Getreuen“ offiziell scharf abräudet.

Es wird Licht unter den Angestellten, die sich nicht mehr als Stimmvieh für die Deutschnationalen gebrauchen lassen wollen.

Wer weiß das noch?

Parität in der Verwaltung des alten Preußen.

In immer wieder toben die deutschnationalen Agitatoren gegen das „System Seegering“ bzw. „System Orzeinsti“ in der preussischen Verwaltung. Ihrem Geschrei über angebliche Intoleranz bei der Stellenbesetzung sei folgende Erinnerung entgegengesetzt:

Am Frühjahr 1906 legte die damalige preussische Regierung dem Abgeordnetenhaus eine Nachweisung über den Stand der Päder der Regierungreferendare aus den Jahren 1903, 1904 und 1905 vor. Nach dieser Aufstellung waren 233 Regierungreferendare Söhne von Landwirten (sollt ausschließlich Großgrundbesitzern), 144 Söhne von Offizieren, 133 Söhne von höheren Verwaltungs-

beamten und 113 Söhne von sonstigen höheren Staatsbeamten. Diesen insgesamt 625 Abstammungen der herrschenden Gesellschafts-schicht standen gegenüber: 19 Söhne von Lehrern, 4 Söhne von mittleren Beamten. Dagegen kannte die Statistik Söhne von Unterbeamten, Handwerkern, Kleingewerbetreibenden und — selbstverständlich — Arbeitern im Verwaltungsdienst überhaupt nicht.

Mit Recht hat der preussische Zentrumsabgeordnete Seewering einmal im Landtag gesagt: „Das System Seegering bedeutet nichts weiter als die Heranziehung derjenigen Schichten zur Verwaltung, die im alten Staat von ihr vollkommen ausgeschlossen waren.“

Kein Besuch in Mussolinien!

Ein Protest gegen die faschistische Sozialistenverfolgung.

Die faschistische Regierung Italiens hat für Anfang Mai zu einem internationalen Tramwaykongress nach Rom eingeladen. Der Führer der Arbeiterfraktion in Glasgow, A. P. Dolan, hat die ihm vom Stadtrat angebotene Delegation abgelehnt und diese Ablehnung mit der brutalen Verfolgung aller sozialistischen Gesinnungsfreunde begründet.

Wie wir erfahren, hat inzwischen auch die Stadt Wien abgelehnt, der Einladung nach dem Lande des faschistischen Terrors zu folgen. Die sozialdemokratische Kathaustraktion von Berlin hat sich diesem Standpunkt gleichfalls angeschlossen. Es ist zu erwarten, daß diese Ablehnungen noch weitere noch sich ziehen werden.

Wieder einer. Der Schriftführer des Deutschnationalen Katholikenausschusses Groß-Berlin, Max Guhl, hat, wie der „Germania“ berichtet wird, sein Amt niedergelegt und gleichzeitig den Reichstagswahlvorschlag der Deutschnationalen Volkspartei abgelehnt.

Der Prozeß gegen die deutschen Doney-Ingenieure wird in der zweiten Hälfte des Mai beginnen. Rechtsanwalt Wunte-Braunhewig hat die Einzelereklatur erhalten.

Die japanische Regierung scheint Neuwahlen doch zu fürchten: sie hat den erzkonservativen Innenminister Sufuki geopfert, gegen den das annahmefähigere Mißtrauensvotum eingebracht war.

Der Stettiner Prozeß.

Schluß der Beweisaufnahme. — Roffbach und v. Bodungen bleiben unvereidigt. — Eine verunglückte Sachverständigen-aussage.

Stettin, 2. Mai. (Eigenbericht.)

In der Mittwochverhandlung des Roffbacher Mordprozesses wurde zunächst der Gerichtsarzt Dr. Ripper als psychiatrischer Sachverständiger über den Angeklagten Fräbel vernommen. Fräbel, so sagte der Sachverständige, sei nach seiner Ansicht schwachsinzig und ein phantastischer Lügner. Auch den Angeklagten Rör, der sein Geständnis schon acht Tage früher als Fräbel ablegte und dessen Aussagen in der Voruntersuchung über die Schilderung der graufigen Mordtat mit dem ersten Geständnis Fräbels wesentlich übereinstimmen, wurde von dem Sachverständigen schon in der Dienstagverhandlung ebenso wie Rogt und Krüger als schwachsinzig bezeichnet, so daß das Gutachten den Anschein erwecken könnte, als habe die Roffbacher Truppe nur aus Schwachsinzigen bestanden.

Zwischen dem Sachverständigen und dem Vorsitzenden kommt es wiederum zu lebhaften Auseinandersetzungen, bis sich schließlich die Verteidigung zu der Erklärung veranlaßt sieht, sie habe den peinlichen Eindruck, daß die Ausführungen des medizinischen Sachverständigen einem gewissen Unglauben des Gerichts begegnen. Der Vorsitzende antwortet darauf, er habe lediglich die Aussagen des Sachverständigen weitestgehend klären wollen.

Das nächste Stück leistet sich dieser Sachverständige, der Gefängnisarzt in Stettin ist, indem er Fräbels Unglaubwürdigkeit damit dokumentieren wollte, daß dieser in Briefen aus dem Gefängnis in Hannover übertriebene Schilderungen des Gefängnislebens gegeben habe, obwohl doch der Aufenthalt im Gefängnis eher mit dem Aufenthalt in einem Sanatorium zu vergleichen sei. Auch der Umstand, daß der Angeklagte Fräbel Niehde lebe, sei schon allein verdächtig, da selbst er, der Sachverständige, sich über Niehde schon nicht recht einig sei.

Von dem Vorsitzenden in die Enge getrieben, sagt Dr. Ripper sein Gutachten in folgende klassische Formel: Ich halte den Angeklagten so lange für unglaubwürdig, bis er nicht durch die Aussage der Wahrheit das Gegenteil beweist.

Ein weiteres Gutachten sollte dieser Sachverständige über den Vorgang der Tötung abgeben, insbesondere darüber, ob Fräbel, der nach seinem früheren Geständnis auf das Genick des niedergeschossenen, am Boden liegenden Schmidt gestiegen ist, um ihn „stills zu machen“, mit zu dessen endgültiger Tötung beigetragen habe. Das hält der Sachverständige für ausgeschlossen. Schmidt müsse, als er schon vier Schüsse erhalten habe, bereits tot gewesen sein. Es liege allerdings die Möglichkeit vor, daß Fräbel den Schmidt noch nicht für tot gehalten habe.

Als der Vorsitzende nach dem Sachverständigengutachten die Beweisaufnahme schließen will, stellen die Verteidiger zwei neue Beweisanträge, die aber vom Gericht als wahr unterstellt abgelehnt werden.

Auf Antrag des Oberstaatsanwalts werden die Zeugen Roffbach, v. Bodungen und Richter wegen Verdachts der Anstiftung zum Mord und der Zeuge Robert Schulz wegen Verdachts der Begünstigung nicht vereidigt.

Kein Zentrale-Prozeß.

Sachverratsprozeß gegen Otto Braun wird durchgeführt.

Dresden, 2. Mai.

Im Prozeß gegen die Mitglieder der kommunistischen Zentrale war Verhandlungstermin vor dem 4. Strafamt des Reichsgerichts am 2. Mai angesetzt worden. Da sich die Angeklagten nach Auflösung des Reichstags nach Moskau begeben haben, ist der Termin aufgehoben worden.

Dagegen findet die für den 4. Mai angesetzt Verhandlung gegen den Schriftsteller Otto Braun und Genossen wegen Vorbereitung zum Hochverrat statt, obwohl die Hauptangeklagten Otto Braun und Digo Benario nach ihrer Flucht aus dem Moabitier Untersuchungsgefängnis noch nicht wieder ergriffen werden konnten. Die Anklage richtet sich nunmehr gegen den Mechaniker Otto Oldenburg (Berlin), den Rieter Gustav Galenda (Bremen), den Schreiner Wilhelm Müller (Kaiserlautern) und den Vertreter Georg Semmelmann (München). Für die Verteidigung werden u. a. Rechtsanwalt Dr. Borbesch-Berlin, Rechtsanwalt Douch-Düßeldorf und Rechtsanwalt Dr. Samter-Berlin erscheinen.

Trostlose Entlohnung!

Ein deutschnationales Eingeständnis.

In großagrarischen Kreisen wird fortgesetzt über die Landflucht in Ostpreußen geredet. Von Landarbeiterseite ist demgegenüber immer und immer wieder darauf hingewiesen worden, daß lediglich die schlechten Löhne Schuld an der starken Abwanderung sind. Der Kreisrat in Gumbinnen hat sich dieser Auffassung jetzt in einer einstimmig angenommenen Entscheidung angeschlossen. Er bezeichnet als einen der Hauptgründe für die Abwanderung vom Lande die trostlose Entlohnung der Landarbeiter und fordert die Regierungsbehörden sowie die Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen auf, diesen Zustand schleunigst in Verbindung mit der Stillungsaktion für die Landwirtschaft durch eine Verbesserung der Entlohnung der landwirtschaftlichen Arbeiter zu beheben. Den Reichs- und preussischen Staatsbehörden ist die Entschleunigung bereits zugegangen.

Die Resolution des Kreisrates von Gumbinnen ist insofern besonders interessant, als die Mehrheit dieses Kreisrates deutschnational ist. Die gleichen Leute, die sonst behaupten, ausreichende Löhne zu zahlen, bestätigen jetzt also, daß ihre trostlose Lohnpolitik die Landarbeiter zur Abwanderung zwingt. Gedt ihnen am 20. Mai die Dichtung!

Schiedsspruch in Schlesien.

Breslau, 2. Mai.

Im Lohnstreit der schlesischen Textilindustrie wurde von der Schlichterkammer ein Schiedsspruch gefällt, welcher Lohn-erhöhungen von fünfzehn bis zwanzig Prozent bringt.

Im schlesischen Landtag erstattete die Regierung Bericht über die Auswirkungen der Inwetterkatastrophe an der Bergstraße. Viele Häuser sind zertrümmert, die Äußer verunreinigt und die Weinberge und Obstplantagen stark beschädigt. Ein vorläufiger Betrag von 100 000 Mark soll den betroffenen Familien die erste Hilfe bringen. Ein Antrag um Unterstützung an die Reichsregierung ist in Aussicht genommen.

Nationale Fechtbrüder.



Von dem wollen sie das Geld...



und von dem die Stimme haben!

Strafprozeß nach Wahlsieg.

Die Elsaß-Autonomisten vor Gericht.

Colmar, 2. Mai.

Vor dem Schwurgericht des Unterelsaß stehen 14 Elsässer, darunter bekannte Politiker und Schriftsteller, auch sieben gewählte Abgeordnete, fast alle in Haft, wegen Staatsverbrechen, begangen durch Propaganda für Selbstregierung ihres an Frankreich gelangten Heimatlandes. 7 Angeklagte sind flüchtig. Unter den Verteidigern ist auch ein Pariser Kommunistenonkall; je ein bretonischer und schweizerischer Wodrat, Vorsitzende dort spielender Autonomiebestrebungen, haben sich den Angeklagten zur Verfügung gestellt.

Als der Vorsitzende fragte, welche Angeklagten nicht genug französisch verstanden, also die Zuziehung eines Dolmetschers forderten, um der Verhandlung folgen zu können, erhoben sich gleichzeitig fast alle.

Als Erster wurde der sieben in Altkirch-Thann zum Deputierten gewählte Dr. Ricklin, früher lange Jahre deutscher Reichstagsabgeordneter und Vizepräsident des Landtages in Straßburg, vernommen.

Hg. Dr. Ricklin erklärte im weiteren, die elsässische Bourgeoisie sei jetzt ebenso regierungstreu französisch gesinnt, wie sie vor dem Kriege regierungstreu deutsch gewesen sei. Rechtsanwalt Dr. Berthon protestierte dagegen, daß das Belastungsmaterial in den Akten nicht ordnungsmäßig unter amtlichem Siegel zusammengefaßt und nummeriert sei; es sei somit gar keine Kontrolle möglich, und niemand könne dafür einstehen, daß die bei den Akten befindlichen Schriftstücke wirklich bei dem Angeklagten gefunden worden und nicht erst später in die Akten hineingekommen seien, wie man auch nicht wisse, ob etwas aus den Akten wieder entfernt worden sei. Berthon beantragte die Aufstellung eines Inventars für die Akten, die stoßweise auf der Erde aufgehäuft den ganzen Platz vor dem Tisch des Gerichtshofes einnehmen.

Die Anklageschrift behauptet, die Autonomistenbewegung habe eine solche Tätigkeit entfaltet, daß man geradezu mit einer Gefährdung der nationalen Sicherheit habe rechnen müssen. Als Seele der Bewegung wird Dr. Ricklin bezeichnet. Er habe schon bei Kriegsbeginn erklärt, daß Elsaß-Lothringen deutsche Erde bleiben werde und habe nach dem Krieg die autonomistische Fresse und die ganze autonomistische Bewegung organisiert. Alle Angeklagten hätten das Ziel verfolgt, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Staatsform eines Teiles von Frankreich gewaltsam zu erschüttern.

Dr. Ricklin

führte aus, er sei, obwohl früher deutscher Korpsstudent und Reserveoffizier, ein Bekämpfer der germanisatorischen Bestrebungen im Elsaß gewesen. Als Wilhelm II. kurz vor dem Kriege gedroht habe, die elsässische Bevölkerung in Scherben schlagen zu wollen, falls die Bevölkerung nicht eine andere Haltung einnehme, habe er dagegen protestiert. Ricklin erinnerte auch daran, wie der Kaiser ihm einmal den Rücken drehte, weil er nicht versprechen konnte, daß der elsässische Landtag eine Subvention für die Einrichtung eines kaiserlichen Jagdreviers im Neuschlitz gewähren werde. Er habe den roten Adlerorden abgelehnt und nach der Jaber-naffäre zur Verteidigung der Rechte der Elsaß-Lothringer die Liga der Elsaß-Lothringer gegründet. Auf der Friedenskonferenz 1914 in Basel habe er gegenüber Jaurès erklärt, daß man im Elsaß nur eine Sache hat, nämlich diejenige, daß die deutsche Regierung dem elsässischen Volk die vollständige Autonomie noch nicht gewährt hat. Auch sei er im Reichstag der Zentrumsfraktion nicht beigetreten, um dadurch gegen das Ausnahmegericht zu protestieren, das im Elsaß geübt wurde. Der Kriegsbeginn sei der peinlichste Augenblick seines Lebens gewesen. Auf der einen Seite hätten die Verwandtschaftsbande nach der französischen Front hin bestanden, auf der anderen habe er Pflichten als deutscher Staatsbürger gehabt.

In Fortführung seiner Aussagen schilderte Dr. Ricklin, wie er sich im Kriege bei den deutschen Behörden dauernd zugunsten der Elsässer eingesetzt habe, und verlas gelegentlich der Benennung von Beispielen für sein Verhalten Dankesbriefe französischer Damen, denen er die Heimkehr über die Schweiz ermöglicht habe.

Zum Beweis seiner Loyalität betonte Ricklin, erst als der Reichstag ihn vom Treueid entbunden, habe er sich für die Trennung des Elsaß von Deutschland ausgesprochen.

Alsdann wurde auf Wunsch Ricklins ein Gerichtsurteil vom 16. Juli 1923 gegen den zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilten Realschullehrer und Landtagsabg. Brogly verlesen. In dieser Urteilsbegründung steht u. a. der Satz, Ricklin und Brogly hätten bereits 1915 die Möglichkeit einer Einverleibung von Elsaß-Lothringen in Frankreich besprochen. Darauf schilderte Ricklin die Schritte, die er gemeinsam mit dem Reichstagsabg. Dr. Haus, dem Vater des jetzigen Angeklagten Buchdrucker Haus, 1915 und 1916 in Berlin unternommen habe, um zu verhindern, daß Elsaß-Lothringen ein selbständiges Fürstentum mit einem bayerischen oder anderen deutschen Prinzen als Landesoberhaupt werde. Er erklärte dazu, die Lothringer seien infolge ihrer Beziehungen mit dem Saar-gebiet bereit gewesen, preussisch zu werden und hätten nicht verstanden, daß er als Elsässer von anderen Erwägungen geleitet wurde. Ricklin verlas alsdann die Erklärung, die er am 23. Oktober 1918 im Reichstag im Namen der elsässischen Abgeordneten als Antwort auf die Erklärung des Reichsanwalters Prinz Max von Baden abgegeben hat, als dieser sich zum Grundhof der freien Selbstbestimmung der Völker bekannte und dem Elsaß die Autonomie versprochen. In dieser Gegenerklärung Ricklins hieß es u. a., der Reichstagsabg. habe es unternommen, auch nur mit einem einzigen Wort darauf hinzuweisen, was die deutsche Regie-

rung von der Einführung der angekündigten Reform im Elsaß erwarte, und was sie damit bezwecke. Anscheinend erwarte sie, die Bevölkerung deutschlandsfreundlich stimmen zu können. Es sei aber Pflicht der elsässischen Volksvertreter, trügerische Hoffnungen nicht aufkommen zu lassen. Tatsächlich könne nichts, was Berlin und die neue Regierung in Straßburg unternähme, angesichts des Stadiums, in das die elsässische Frage eingetreten sei, eine wesentliche Änderung der Volkstimmung herbeiführen. Die elsässische Frage sei eine internationale Frage geworden, deren Lösung nicht einmal dem Präsidenten Wilson, sondern dem Friedenskongreß zustehe.

Die französischen Beamten im Elsaß hätten sich für die Erklärung des Anschlusses Elsaß-Lothringens an Frankreich, die der Nationalrat abzugeben gewillt gewesen sei, gar nicht interessiert, sondern andere Sachen im Kopf gehabt. Für die Aufwertung des Geldes hätte das Elsaß alle seine Freiheiten und Stimmrechte aufgeben sollen. Wenn er, Dr. Ricklin, Frankreich hätte Schwierigkeiten machen wollen, dann hätte er dazu Gelegenheit gehabt, indem er diejenigen unterstützt hätte, die auf Antreiben der deutschen Regierung ein unabhängiges Elsaß hätten schaffen wollen. Er habe Frankreich, das soviel Blut geopfert habe, um Elsaß-Lothringen wieder zu erobern, das nicht antun wollen. Das Elsaß hätte 1918 erklären sollen: Wir sind nur Franzosen geworden unter der Bedingung, daß ihr unsere Sprache, unsere religiösen Institute, unsere Verwaltungseinrichtungen und unsere wirtschaftlichen Interessen respektiert. Doch die Elsässer damals eine derartige Erklärung nicht abgegeben hätten, sei ein Fehler gewesen, der sich heute räche, und deshalb sage er jetzt auf der Anklagebank.

Wir sind überzeugte Franzosen und denken nicht daran, wieder deutsch zu werden; aber wir hassen deshalb nicht das deutsche Volk, mit dem und unser Blut und unsere Rasse verbindet.

Die Elsässer und Lothringer deutscher Sprache sind germanischer Rasse, nicht keltischer Rasse. Wir haben keinen Grund, in dem deutschen Volk einen Erbfeind zu erblicken. Wir sind im Elsaß Pazifisten; wir wollen die aufrichtige Wiederherstellung der beiden Völker, die gemeinsam nach dem Frieden und der Zivilisation der ganzen Welt streben müssen. Eine Schande ist es gewesen, daß Frankreich jene Nationalitätsprüfungs-kommissionen einlegte, um darüber zu befinden, ob dieser oder jener Elsässer im Lande verbleiben dürfe oder ausgewiesen werden müsse. Diese Kommissionen haben auf rohe und geschäftige Denunziationen hin Ausweisungen ausgesprochen.

Dramatischer Zwischenfall.

Zu einem ersten Zwischenfall kommt es, als der Rechtsanwalt Hg. Berthon einen während der Verhandlungen ihm zugegangenen Einschreibebrief öffnete und verliest, der einen Auszug aus einem Artikel vom 18. Januar 1918 im „Elsässer Kurier“ enthält. Dieser Artikel behandelt eine Rede des damaligen Reserveleutnants Coen, der jetzt als Beisitzer hier dem Gerichtshof angehört. Der Artikel, den Berthon dann auszugswise verliest, hat die Tendenz, die Anhänglichkeit des Elsaß an den Kaiser zum Ausdruck zu bringen und zu betonen, daß das Elsaß niemals zum „Erbfeind“ zurückkommen wolle. Berthon sagt: Ricklin hat als Arzt im deutschen Heere gedient. Unter den richterlichen Beamten, die über diesen Prozeß befinden, ist jedoch einer, der als Reserveleutnant die eben zitierten Äußerungen getan hat. Hier ruft Generalsstaatsanwalt Fagot: Ich erkläre, daß Coen seit dem Waffenstillstand ein guter Franzose geworden ist, und es ist mir eine Ehre, ihn zu meinen Freunden zählen zu können. Nach diesen Worten streckt er dem Beisitzer Coen die Hände hin und der Vorsitzende tut das gleiche.

Als der Generalsstaatsanwalt dann das Wort fallen läßt: „ein Ricklin“ protestiert Berthon dagegen und sagt, der Staatsanwalt könne von einem Beurteilten mit diesen Worten „ein Ricklin“ sprechen, aber nicht eher. Ricklin ist ebenso viel wie Sie, Herr Staatsanwalt.“ Generalsstaatsanwalt Fagot erklärt, er werde Berthon zur Verantwortung ziehen wegen Beamtenehrendigung. Berthon erklärt hierauf: Ich habe Sie nicht beleidigen wollen. Der Gerichtsschreiber soll feststellen, was ich gesagt habe. — Auf Befragen des Präsidenten kann der Gerichtsschreiber keine authentische Auskunft über die gefallenen Worte geben.

Nach einer Pause sagt Ricklin zu dem Richter Coen gewandt, er wüßte keine Untersuchung gegen Richter Coen wegen dessen Artikel. Denn alle Elsässer hätten eine derartige Entwidlung durchgemacht. Berthon beschreißt nochmals den Zwischenfall, der entstanden sei, weil der Staatsanwalt gesagt habe: „Zwischen einem Manne wie Coen und einem Ricklin zögere ich nicht meine Wahl zu treffen.“ Darauf antwortend, daß der Generalsstaatsanwalt gegen ihn, Berthon, eine Disziplinarstrafe beantragen wolle, wegen Beamtenehrendigung, erklärt Berthon zu den Geschworenen gewandt: „Auch wenn ich jetzt das letzte mal reden würde, lege ich doch Wert darauf zu sagen, daß ich nicht zulasse, daß man einen Zwischenfall, durch den ich den Staatsanwalt nicht beleidigen wollte, zum Vorwand nimmt. Ich lasse nicht zu, daß man von einem Ricklin spricht. Ein Angeklagter muß respektiert werden, zumal er Abgeordneter ist. Sind Sie, Herr Generalsstaatsanwalt, nicht auch der Vertreter eines demokratischen Regimes? Der Generalsstaatsanwalt sagt: „Entschuldigen Sie sich oder entschuldigen Sie sich nicht?“ Berthon antwortet: „Ja, wenn ich Sie beleidigt habe.“ Der Staatsanwalt erwidert: „Das ist aber das Letztmal, daß ich Ihre Entschuldigung annehme.“

Gesetzliche Unternehmerverbände!

Zum Entwurf einer neuen Handwerksnovelle.

Vor kurzem behandelte der Genosse Schlimme vom DDB in einer Versammlung der Berliner Gesellenvereine, der Vertreter der Ortsverwaltungen und Jugendleiter den Regierungsentwurf einer neuen Handwerksnovelle, der die Änderung der Innungsregeln in der Gewerbeordnung bezweckt, und erläuterte dazu den Standpunkt der Gewerkschaften. Der Entwurf ist durch den Reichswirtschaftsrat bereits verabschiedet, so daß der neugewählte Reichstag die Entscheidung zu fällen hat. Damit aber ein Reichswirtschaftsminister in einem arbeiterverschärften Kabinett, dann besteht die Möglichkeit, daß der jetzige Entwurf zurückgezogen und das Verlangen der Arbeiter nach verstärktem Einfluß auf die öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen erfüllt wird.

Das Reich hat gemäß Artikel 7 Absatz 10 der Reichsverfassung durch die Gesetzgebung für berufliche Vertretungen zu sorgen, um im Sinne des Artikels 164 den selbständigen Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Überlastung zu schützen. Versuche dazu sind in den verflochtenen Jahrzehnten genügend unternommen, und dem Handwerk wurde ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Zunächst hat der Reichstag im Jahre 1924 statt des gefassten Staatssekretärs zwar nur einen Reichskommissar für das Handwerk bestellt, der diese Rettung beruht. Darüber hinaus ist vor allem der Ausbau der Organisationen des Handwerks mit Hilfe des Reiches und der Länder in einer Weise und mit einem Erfolge betrieben worden, daß die Arbeiter daraus für den Ausbau ihrer Organisationen die notwendigen Konsequenzen ziehen müssen. Im Jahre 1897 waren nur 10 Proz. aller selbständigen Handwerksmeister in den Innungen zusammenschlußfähig, während diese Zahl im Jahre 1926 bereits auf 75 Proz. gestiegen ist, und durch die kommende Handwerksnovelle soll nun die hundertprozentige Organisation der Handwerksmeister durch Gesetzkraft verwirklicht werden.

Die Gewerbeordnung

steht für den Organisationsaufbau bereits vor: 1. freie und Zwangsinnungen, 2. Innungsausschüsse, 3. Innungsverbände, 4. Handwerkskammern, 5. den Deutschen Handwerks- und Gewerbelammergebiet als Spitzenorganisation der öffentlich-rechtlichen Handwerkskammern im Reich. Daneben besteht der Reichsverband des Deutschen Handwerks als ausgeprobenste Arbeitgeberorganisation. Seither waren zum Beitritt zur Innung verpflichtet nur die selbständigen Gewerbetreibenden. Diese waren durch ihre Innungsmittelgliederung berechtigt, Mitglieder für die Handwerkskammern indirekt zu wählen. Infolge der technischen und kommerziellen Umwälzung sind größere Handwerksbetriebe entstanden, die nicht von Handwerksmeistern geleitet, sondern fabrikmäßig unter besonderer Rechtsform (G. m. b. H., E. G. m. b. H., U. G. usw.) geleitet werden.

In Zukunft sollen auch alle in Form juristischer Personen geleiteten Handwerksbetriebe wahlberechtigt und wählbar gemacht werden, damit sie die Wahl von Vertretern zur Innungsverammlung und zur Handwerkskammer betreiben können, auch wenn deren Vertreter das Gewerbe nicht selbständig betreiben. Das bedeutet nicht nur eine wesentliche Steigerung der organisatorischen Macht des Handwerks, sondern, da die Innungen rechtliche gesetzliche Unternehmerverbände mit Zwangsbeitragspflichten sind (ähnlich wie die Krankenkassen), die Kosten von den Mitgliedern entsprechend der Leistungsfähigkeit ihrer Betriebe aufgebracht werden müssen, auch die Schaffung eines sozialpolitischen Kraftzentrums, das sich auch gegen die Arbeiter auswirken muß.

Dazu kommt, daß die

Zwangsinnungen und Innungsverbände

durch Urteile des Reichsgerichts und Reichsarbeitsgerichts als tariffähige Organisationen erklärt worden sind. Damit ist das offizielle Verlangen des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks endlich erfüllt. Die Gewerbeordnung überträgt diesen Berufsvertretungen außerdem sehr weitgehende Rechte hinsichtlich der Regelung des Lehrlingswesens, der Gesellen- und Meisterprüfungen, der Innungsrentenkassen, des Berufsschulwesens usw. Innungen und Innungsvereine sind gesetzlich verpflichtet, den Anordnungen der Handwerkskammer Folge zu leisten, deren Aufgaben ebenfalls außerordentlich weit gesteckt sind. Im Entwurf zur Handwerksnovelle hat man

Die Gesellenvereine als Dekorationsstil

mit ihrem leiblichen außerordentlich beschränktem Aufgabenbereich beibehalten. Weder die Rechte noch die Zahl der Mitglieder sind trotz ausdrücklichen Verlangens der Gewerkschaften geändert worden. Dafür soll der von der Aufsichtsbehörde bestellte Kommissar verschwinden, weil die Handwerkskammern sich nunmehr genügend in ihr Aufgabenbereich einarbeiten hätten.

In den Beratungen über die Novelle im Reichswirtschaftsrat haben die Arbeitervertreter die Forderung nach paritätischer Zusammenlegung der Handwerkskammern gestellt, weil nur so die reaktionäre Auswüchse der Kammern gebremst und zugleich der Artikel 165 der Reichsverfassung endlich erfüllt wird. Diese Forderung deckt sich zudem mit den Beschlüssen des Verfassungskomitees des Reichswirtschaftsrats von Anfang 1923, die zur Geltung der in der Reichsverfassung vorgesehenen Beiratswirtschaftsräte auch mit den Stimmen von Vertretern des Handwerks gefaßt, aber von der Regierung nicht erfüllt wurden.

Die Arbeiter werden angesichts der außerordentlichen Macht der Handwerksorganisationen sich mit aller Kraft gegen diese

einseitige gesetzliche Bevorzugung der Handwerksmeister

wehren müssen. Wie notwendig diese Abwehr ist, geht daraus hervor, daß die Innungsorgane besetzt sind, die Innungsmitglieder mit je 1000 M. Strafe zu belegen, falls irgendwelche Innungsbeschlüsse verletzt werden sind. Die Stärke dieser Organisation dazu, bedeutet die ganze Einrichtung und ihr weiterer Ausbau nichts anderes, als ein Machtzentrum der Handwerksmeister schaffen, mit dem die Gesellen, Lehrlinge und alle übrigen Arbeiter in Zukunft bei allen Lohnkämpfen rechnen müssen. Die zahlenmäßige Stärke der Handwerksverbände ergibt sich aus folgenden Zahlen: Im Jahre 1904 wurden gezählt an freien und Zwangsinnungen 10 178 mit 456 000 Mitgliedern, im Jahre 1919 sind es 13 369 Innungen mit 623 000 Mitgliedern und im Jahre 1924 sind es 17 402 Innungen mit 907 319 Mitgliedern. In einzelnen Handwerkskammerbezirken waren bereits 1924 bis zu 95 Proz. der Meister in den Innungen organisiert.

Für die Arbeiter in den Handwerksbetrieben bedeutet das ein Zeichen kraftvollen Massenbewusstseins der Unternehmer, das allen Arbeitern zum Nachdenken Veranlassung geben muß, ihre Gewerkschaften auszubauen. Im neuen Reichstage muß auch über die neue Handwerksnovelle die Entscheidung fallen, und bei dieser Gelegenheit wird die paritätische Vertretung der öffentlich-rechtlichen Berufsorganisationen erneuert ausgearbeitet werden.

In der Aussprache wurde die rechtliche Bedeutung der Innungsregeln für die Meister und

die Rechtlosigkeit der Gesellenvereine

besonders unterstrichen. Insbesondere gibt der Wahlmodus für die Gesellenvereine, die in den Handwerkskammern Unruhe zu stiften, denn hier besteht noch aus der Vorkriegszeit die indirekte Wahl mit allen Hindernissen, und dieses Verfahren soll auch in der Novelle nicht neu geregelt werden.

Einstimmig war die Forderung, daß die öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen mit Beitrittszwang und damit weitgehenden gesetzlichen Rechten eine wesentlich größere Macht in Zukunft ausüben werden, als alle übrigen Unternehmerverbände. Mit dem gesetzlichen Zwang zur Bildung der wirtschaftlichen Organisation des Handwerks und der Vertiefung des öffentlichen Rechts wird gegenüber dem auf freiwilligem Beitritt beruhenden Organisationen der Arbeiter ein doppelter Rechtsboden geschaffen, die Arbeiter und ihre Organisationen werden milderem Recht erklärt. Aus diesem Grunde bekämpfen die Gewerkschaften auch diese Novelle und verlangen die

paritätische Zusammenlegung und gleichberechtigte Mitwirkung

auch in dieser für das Handwerk errichteten öffentlich-rechtlichen Berufsvertretung.

Die kommende Reichstagswahl gibt den Arbeitern die Möglichkeit, diesem Ziele näherzukommen durch die Wahl von Sozialdemokraten.

Neue Drohung der Metallindustriellen.

Ein Wind für den Reichsarbeitsminister.

Zu dem Kampf in der sächsischen Metallindustrie hat der erweiterte Vorstand des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller im Zusammenwirken mit dem Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe beschlossen, das Sächsische Metallkartell finanziell zu unterstützen. Weitere Maßnahmen werden mit Rücksicht auf die vom Reichsarbeitsministerium für Freitag, den 4. Mai dieses Jahres, angelegten Schlichtungsverhandlungen zunächst zurückgestellt.

Das heißt, falls der Reichsarbeitsminister bzw. sein Vertreter am Freitag keine Entscheidung trifft, die den Herren gefällt, dann kommt das schwere Geschütz der zunächst zurückgestellten „weiteren Maßnahmen“. Die stereotypen Gesamtsperrendrohungen dürften endlich auch für das Reichsarbeitsministerium ihre Wirkungen eingeleitet haben. Das Lebensschicksal von zehntausenden Arbeiterfamilien ist für die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Kultur weit wichtiger als die Höhe der Profite und Dividenden.

Kein Vertrauen zum Schlichter.

Hannover, 2. Mai. (U.)

Vom Verband hannoverscher Metallindustrieller war im Lohnstreit der amtliche Schlichter von Hannover zwecks Einleitung eines Schiedsverfahrens angerufen worden. Die Gewerkschaften lehnen im Namen aller beteiligten Arbeiterverbände erklären, daß man an einem Schiedsverfahren vor dem hiesigen Schlichter nicht teilnehmen würde. Die Verhandlungen sind daraufhin ergebnislos abgebrochen worden.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Gust Geort; Wirtschaft: G. Klingelthaler; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Götzen; Redaktion: R. B. Böcker; Layout und Sonstiges: Fritz Kahlert; Anzeigen: Ed. Gode; Druck: Gode in Berlin; Verlag: Cornarius-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Cornarius-Verlag; und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Unter den Eichen 2, hierauf 2 Hefen und „Unterhaltung nach Willen“.

Großer Bekleidungs-Verkauf

Herren-Kleidung

Her Leipziger Straße, Alexander Platz, Frankfurter Allee, Wilmersdorfer Straße, Belle-Alliance-Straße

Lüstersakko für die heißen Tage, in guter Qualität, gute Passform 12⁵⁰

Knickerbocker für Reise u. Sport, mod. Karomuster 14⁵⁰ 17⁵⁰

Anzug aus schönen Sommerstoffen, moderne Sportform 48⁰⁰

Sportanzug 4teilig, mit Sport-hose und langer Hose 68⁰⁰

Herren-Artikel

Perkal-Oberhemd durchgehend, mit Kragen 3⁹⁰

Weisses Oberhemd gemusterter Einsatz und Klappmanschetten 4⁵⁰

Herren-Nachthemd farb. besetzt, Kragen od. Geishaform 3⁹⁰ 4⁵⁰

Selbstbinder neue Sommerfarben 1⁷⁵

Wollhüte in neuen Farben 4⁹⁰ 6⁹⁰

Spazierstöcke Manillarohr 1⁹⁰ 2⁵⁰

Herren-Hose oder Jacke echt Mako 2⁴⁵

Herren-Hemd echt Mako 2⁹⁵

Damen-Kleidung

Waschkleid Blumenmuster, mit langem Arm 6⁹⁰

Kleid aus reinseidenem Bast mit langem Arm 13⁷⁵

Vollvoile-Kleid viele schöne moderne Dessins, mit langem Arm 19⁵⁰

Crêpe de Chine-Kleid reine Seide, mit kurzem Arm 29⁵⁰

Crêpe de Chine-Kleid reine Seide, modernes Toppmuster 32⁵⁰

Damen-Blusen

Pullover gute Kunstseide, in mehreren Farben 6⁵⁰

Vollvoile-Jumper besonders billig 8⁹⁰ 9⁷⁵

Crêpe de Chine Kunstseide, mit Krawatte und Säumchen, leuchtend verarbeitet, weiss und rosa 11⁷⁵

Damen-Filzhüte für Sport und Reise, in verschiedenen neuen Mustern 4⁵⁰

Damen-Hüte aus Strohgeflecht, viele Formen und Farben 5⁷⁵

Kinder-Kleidung

Kinder-Kleid aus Zephir, mit Rippen-Bühkragen für ca. 2 Jahre 4⁵⁰

Jede weitere Größe 50 Pf. mehr

Kinder-Kleid aus bedrucktem Vollvoile, hübsch garniert für ca. 2 Jahre 5⁷⁵

Jede weitere Größe 50 Pf. mehr

Mädchen-Kleid ländl. ohne Waschstoff, Bluse kariert, Rock elastisch für ca. 8 Jahre 6⁷⁵

Jede weitere Größe 75 Pf. mehr

Mädchen-Waschkleid hübsch verarbeitet für ca. 6 Jahre 5²⁵

Jede weitere Größe 75 Pf. mehr

Damen-Wäsche

Hemd hose Opal, mit Spitzen 3⁷⁵

Pyjama farbiger Batist, feuchte Form 5⁹⁰

Nachthemd farbiger Batist 4⁵⁰

Hemd hose Crêpe de Chine 9⁷⁵

Comp'let gestreifte Kunstseide, mit eleganten Spitzenmalen 7⁹⁰

Unterkleid Cellanese, in den Modifarben 6⁷⁵

Damen-Strümpfe Kunstl. Wäsche, moderne Strassenfarben u. schwarz 1⁵⁵

Damen-Strümpfe Kunstl. Seide, künstliche Seide, 1. Wahl, Unschärfel 2⁹⁵

HERMANN TIETZ

Große Rheinland-Lotterie

Lose zu 1,- an allen Kassen erhältlich

1. Hauptgewinn: Kino vom Letzt. einz. 50000 M. oder bar

reichste Villa im Werte von 45 000 M.

Schafft Fahrschulen!

Trotz Zunahme der Autos noch nahezu 4 Millionen Pferde in Deutschland.

Wer die Verhältnisse im Fuhrwesen kennt, weiß, daß die Behandlung der Zugpferde manchmal noch recht sehr zu wünschen übrig läßt, wiewohl man auf der anderen Seite manchmal Beweise rührender Liebe der Kutscher zu ihren Tieren findet. Der Vorwurf aber stützt sich auf die Tatsache, daß mancher Kutscher für seinen Beruf nicht genügend vorgebildet ist. Dabei werden von einem Kutscher sehr viele Kenntnisse verlangt: richtiges Fahren, gute Zügelhaltung, Fähigkeit zur Einschätzung der zu befördernden Lasten, sachgemäße Einspannung, Kenntnis des richtigen Sitzes der Geschirre, sachgemäße Fütterung und Tränken der Pferde, elementare Kenntnisse über ihren Körperbau, Pflege des gesunden und kranken Pferdes, der Geschirre und Wagen, Kenntnis der sehr komplizierten Verkehrsbestimmungen usw. Die Bemühungen der „Pferdeschutzvereinigung“ über ganz Deutschland“ (Sitz Berlin S. 42, Oranienstraße 58), Fahrschulen zu errichten, in denen die Kutscher für ihren Beruf ausgebildet werden, verdienen darum Anerkennung und Unterstützung. Bereits vor dem Kriege betrieb die genannte Organisation in Gemeinschaft mit der Allgemeinen Berliner Omnibus-A.G., die damals nur mit Pferden fuhr, eine solche Fahrschule. Ihre Kurse waren ständig überfüllt, und die Nachfrage nach in dieser Schule ausgebildeten Kutschern war immer sehr stark. Der Krieg hat auch dieses Unternehmen vernichtet. Trotz aller Bemühungen ist es bisher nicht gelungen, in Berlin eine neue Fahrschule ins Leben zu rufen.

Es ist selbstverständlich nicht die Absicht der „Pferdeschutzvereinigung“, Schulen für Buruskutscher und Herrenkutscher zu schaffen. Es kommt ihr allein auf die Ausbildung der Kutscher im Schwerlastgewerbe an. Die in Frage kommenden Behörden und Interessenten sind auch selbst von der Notwendigkeit der Errichtung einer Fahrschule in Berlin überzeugt. Die „Reichsvereinigung der deutschen Pferdeinteressenten“, eine Gründung des „Reichsverbandes der deutschen Rastplatzhalter“, hat nun mit der „Pferdeschutzvereinigung“ gemeinsam den Versuch gemacht, eine neue Schule zu gründen. Um die Kosten möglichst niedrig zu halten, war in Aussicht genommen, mit einem gemieteten Fuhrpark zu arbeiten. Dagegen wandte sich jedoch der zur Mitarbeit herangezogene „Reichsverband deutscher Reit- und Fahrschulen“, der, im Falle einer Subvention aus Reichsmitteln, die Errichtung eines eigenen Fuhrparks zur Vorbereitung machte. Das würde aber eine wesentliche Erhöhung der Kosten zur Folge haben. Der erstmalig aufzubringende Betrag dürfte sich auf 50000 Mark belaufen, und es werden etwa 30000 Mark im Jahre für die Durchführung des Unternehmens erforderlich sein. Falls es gelingt, die Stadt Berlin zur unentgeltlichen Hergabe von Räumen zu veranlassen und von ihr auch die notwendigen Gespanne unentgeltlich oder sehr billig zu erhalten, könnte die letzte Summe um einen erheblichen Betrag gesenkt werden. Mit Einnahmen von Schulgeldern, die man von den Kutschern erhebt, kann nicht gerechnet werden, weil nur der geringste Teil von ihnen in der Lage sein wird, die Kursgebühren aufzubringen. Die Verhandlungen, die mit den in Frage kommenden Behörden über die Errichtung einer Fahrschule und der finanziellen Beteiligung an ihr geführt werden, sind noch nicht abgeschlossen. Erwähnenswert ist, daß der Deutsche Verkehrsband, die freigewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmers im Fuhrgewerbe, den Zielen und dem Vorhaben der „Pferdeschutzvereinigung“ mit dem warmsten Interesse gegenübersteht. Es erscheint übrigens unbegreiflich, daß es noch keine behördlichen Vorschriften gibt, die den Kutschern wie den Chauffeuren und Fuhrwerksführern eine gründliche Berufsausbildung zur Pflicht machen. In bezug auf das Fuhrwesen verläßt man sich darauf, daß die älteren Kutscher die jüngeren unterrichten, was im Endeffekt darauf hinaus-

läuft, daß die wenigsten Kutscher über die Kenntnisse verfügen, die man bei diesem verantwortungsvollen Beruf voraussetzen muß. Dann wundert man sich über immer neue Fälle von Tierqualereien, ohne zu sehen, daß diese weniger in der Rohheit als in der Unwissenheit der Kutscher ihre Ursache haben.

Es ist im übrigen ein Irrtum, zu glauben, daß das Zugpferd auf dem Aussterbeort steht. Trotz der gewaltigen Zunahme der Automobile und Motorlastwagen hat sich die Zahl der Pferde nicht verringert. Eine am 1. Dezember 1926 vorgenommene Zählung des Preussischen Staatlichen Landesamtes ergab 3 868 623 Pferde, während am 1. Dezember 1913 nur 3 806 705 Pferde gezählt wurden. Auch diese Tatsache rechtfertigt den jähen Kampf der „Pferdeschutzvereinigung“ für die Errichtung einer Fahrschule in Berlin. In Hamburg, Trier und Koblenz bestehen bereits solche Unternehmungen. Nicht aus Sentimentalität, sondern aus sehr praktischen Erwägungen heraus wird für die Schöpfung von Fahrschulen propagiert. Ein guter Kutscher ist nicht nur der beste Tierhüter, sondern auch eine wirtschaftliche Kraft, die rationell arbeitet.

Raketensauto — Raketensflugzeug.

Interessante Experimente.

Aus dem Hauptquartier der Opelwerke in Rüsselheim kommt die Meldung, daß der zweite Raketenswagen, der auf der Autos ausprobiert werden soll, bereits so weit fertiggestellt wurde, daß man mit dieser Fahrt am 18. Mai rechnen kann. Bei diesem Wagen wurden die Erfahrungen, die man mit der ersten Konstruktion bei den Versuchsfahrten auf der Opelbahn gewonnen hatte,



Über den Vortrag Otto Brauns am Dienstag ist bereits berichtet worden. Sonst hat das Programm am 1. Mai wenig Reichhaltigkeit. Weichmann sprach über die Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn, demonstrierte die Überlegenheit der elektrischen Anlagen in bezug auf die Personenbeförderung, auf Schnelligkeit und auf Verbilligung der Betriebe. Abends Ruffel und Rezitation unter dem Titel „Der Mai ist gekommen“. Ein angenehmes Familienprogramm, das Volkslieder und bedeutende Dichterkompositionen, Gedichte größter und wenig bekannter Dichter zusammenschmeißt. Besser und für viele Hörer interessanter wäre es gewesen, wenn der Rundfunk eine Reihe übertrügen hätte. Am Mittwochabend „Das Dreimäderlhaus“. Eine Übertragung aus dem Großen Schauspielhaus. So gut aus diesem Raum Dargestellte Lingen, so vermischt und unklar kommen Schauspiele und Operetten heraus. Besonders schlimm ergeht es dem Dialog, der beinahe verweht. Besser wirken die musikalischen Teile, halten aber keinen Vergleich mit den Übertragungen aus den Berliner Opernhäusern aus. Das Ganze klingt etwas dünn, es fehlt die Rundung, die Geschlossenheit des Tones. — Prof. Kurt Breglig behandelt in seinem Vortrag die Weltanschauung der älteren Generation, unter anderen Problemen auch den Materialismus und den Monismus. Er weist entschieden das Bestehen ab, diese Weltanschauung als lächerlich und überholt hinzustellen. Breglig steht vielmehr in der exakten Naturbeobachtung, in der Erforschung des Details die Grundlage zu einer neuen Weltanschauung. Von starkem Mitgefühl und sozialem Empfinden waren die Ausführungen Marie Kunerts über erwerbstätige Mütter getragen. Sie behandelt einen Fragenkomplex, der heute noch zu den ungeklärtesten des Wirtschaftslebens gehört. F. S.

verwendet. Dem Vernehmen nach soll Fritz v. Opel dem neuren Bogen steuern. Nach dem Gelingen der Probefahrt ist beabsichtigt, mit diesen Bogen den Automobilweltgeschwindigkeitsrekord zu brechen.

Man beabsichtigt nunmehr auch, den Raketenapparat zum Antrieb eines Flugzeuges zu verwenden. Verhandlungen mit dem bekannten Flugzeugkonstrukteur und Flieger Anton Raab haben dazu geführt, daß in ein Raab-Geißflugzeug des sonst üblichen Motors zwei Raketen eingebaut werden und daß Raab selbst die Führung des Flugzeuges in höhere Regionen übernehmen will. Man wird abwarten müssen, ob die auf dieses Flugzeug gerichteten Erwartungen sich erfüllen. Prof. Waller, einer der Vorkämpfer für das Raketenwelttraumschiff, hat in einem im vergangenen Jahre gehaltenen Vortrag die Idee mitgeteilt, dieses Zukunftsfahrzeug aus dem Flugzeug zu entwickeln. Das neue Experiment der Opelwerke scheint also von Wallers Ansichten entscheidend beeinflusst zu sein. Es wäre verfehlt, schon jetzt von einer technischen „Revolution“ zu sprechen. Zunächst handelt es sich nur um interessante Experimente, deren Ausgang man abwarten muß.

Großfeuer in Hohenschönhausen.

Eine Rorkfabrik eingeeßert.

In der Rorkplatten- und Dachpappfabrik der Emil Jörn A.G. in der Genslerstraße 1—2 in Hohenschönhausen entstand gestern nachmittag gegen 3 Uhr Feuer, das sich mit rasender Schnelligkeit ausbreitete und ein etwa 75 Meter langes massives Fabrikgebäude mit seinem wertvollen Maschinenpark und Materialvorräten in kurzer Zeit vernichtete.

Das Feuer war erst ziemlich spät entdeckt worden, denn als die ersten Löschzüge auf den Alarm anrückten, stand das Gebäude bereits in seiner ganzen Ausdehnung in Flammen. Obgleich sofort acht Schlauchleitungen in Tätigkeit gesetzt und große Wassermengen in das Feuermeer geschleudert wurden, konnte nicht mehr gerettet werden. Inmitten der Löscharbeiten stürzte das brennende Gebäude in einer Länge von fünfzig Metern krachend zusammen. Die Gefahr war jedoch rechtzeitig bemerkt worden, so daß sich mehrere Belegschaften zum Glück noch rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten. — Der Schaden ist sehr hoch, aber durch Versicherung gedeckt.

Im Stellwerk des U-Bahnbois Hermannstraße in Neukölln entstand gestern nachmittag aus noch ungeklärter Ursache ein heftiger Kabelbrand. Der diensthabende Beamte verlor das Feuer, das eine starke Qualmentwicklung zur Folge hatte, zu löschen. Hierbei wurde er von einer herorkiehenden Stichflamme getroffen und im Gesicht erheblich verletzt. Die sofort herbeigerufene Feuerwehr löschte den Brand in kurzer Zeit und Feuerwehrkameraden leisteten dem Verunglückten die erste Hilfe. Der Vorfall hatte eine längere Verkehrsstörung verursacht.

Nichtfest in Mahlsdorf.

Die Siedlungsgenossenschaft „Lichtenberger Gartenheim“ hatte am Sonntagabend Anhänger und Freunde der Siedlungsbewegung nach Mahlsdorf eingeladen, um dort das Nichtfest des ersten Hauses des letzten Bauabschnittes zu feiern. Die Siedlungsgenossenschaft hat in den letzten fünf Jahren über 210 Einfamilienhäuser für ihre Genossen erbaut. Zurzeit werden weitere 30 errichtet. Es ist fast schon eine Stadt für sich, dieses Siedlungsgebiet, das über 200 Familien ein eigenes Haus gebracht hat. Bruno Laut, der Schöpfer dieser Siedlung, Stadtbaurat Dr. Wagner und etwa 200 Leute vom Bau waren der Einladung gefolgt. Die Zimmerleute in Wägen und Zylinder zogen die Lichtkrone hoch, und von dem ersten Haus der letzten Bauperiode sprach der Vorsitzende Genosse Bierchner zu den Vertretern der Behörden von den Wünschen der Siedler, sprach auch von den Gedanken, die erst des schönen Wert erinnglichten, von der Solidarität der Massen, die mächtig genug sind, um selbst das fehlende Heim zu schaffen. Während der Feier nahmen Stadtbaurat Dr. Wagner und Genosse Guttschmidt das Wort zu kurzen Ausführungen. Dr. Wagner schilderte die Schwierigkeiten, die immer noch der Bewegung des Siedlungsgedankens entgegenstehen.

Sack London:

Wolfzblut.

Doch Bill schob die Tasse zur Seite. „Ich liebe mich eher hängen, als daß ich's täte. Ich habe gesagt ich wollte keinen Kaffee, wenn ein Hund fehlte, und ich will auch keinen.“
„Der Kaffee ist aber verdammt gut.“ meinte Heinrich.
Aber Bill war eigenfönnig und aß kein Frühstück trocken, indem er es nur mit den gemurmelten Flüchen über den Streich, den Einohr ihm gespielt hatte, hinunterspülte.
„Heut' abend bind' ich sie aber weit voneinander an.“ sagte Bill, als die Wanderung begann.
Sie waren wenig mehr als hundert Meter gegangen, als Heinrich, welcher der Vordermann war, sich bückte und etwas aufhob, an das er mit dem Schneeschuh gestoßen hatte. Es war so dunkel, daß er es nicht sehen konnte, aber er erkannte es am Gefühl. Er warf es rückwärts, wo es an dem Schlitten aufsprang und bis zu Bills Schneeschuh hüppte.
„Vielleicht kannst du's noch brauchen.“ sagte Heinrich.
Bill ließ einen Ausruf hören. Es war alles, was von Treiber übrig war, — der Stock, womit er angebunden gewesen war.
„Sie haben ihn mit Haut und Haar aufgefressen.“ verkündete Bill. „Der Stock ist so kahl, wie 'ne Pfeife. Sogar die Lederriemen an beiden Enden sind weg. Sie müssen verdammt hungrig sein; und ich sehe schon, sie werden uns auch noch kriegen, bevor die Fahrt vorbei ist.“
Heinrich lachte trübselig. „Ich bin zwar von Wölfen noch nie so sehr verfolgt worden, aber ich hab' Schlimmeres im Leben durchgemacht. Es braucht mehr als so 'ne Handvoll vertrackter Bestien, um dir und mir Garaus zu machen, Bill, mein Sohn.“
„Das weiß ich doch nicht.“ murmelte Bill voll böser Ahnung.
„Schön, du mißt es wissen, wenn wir nach Mc Curry kommen.“
„Ich glaube nicht recht daran.“ beharrte Bill.
„Dein Magen ist nicht in Ordnung, und das quält dich.“ belehrte Heinrich. „Dir fehlt eine tüchtige Dosis Chinin, und die werd' ich dir verabfolgen, wenn wir nach Mc Curry kommen.“

Bill brummte unwirsch zu dieser Diagnose und versank in sein früheres Schweigen. Der Tag verging wie die andern alle. Um neun Uhr wurde es hell, und um zwölf erwärmte die unsichtbare Sonne den südlichen Horizont, worauf das kalte Grau des Nachmittags einsetzte, das drei Stunden später in dunkle Nacht versank.

Gerade als die Sonne die machtlose Anstrengung zu scheitern machte, zog Bill die Büchse unter den Stricken des Schlittens heraus und sagte: „Beh nur ruhig weiter, Heinrich, ich will sehen, was ich tun kann.“

„Du tätest besser, beim Schlitten zu bleiben.“ ermahnte ihn der Befährte. „Du hast nur drei Patronen, und man weiß nie, was noch kommen kann.“

„Wer unkt nun?“ versetzte Bill triumphierend.

Heinrich gab keine Antwort und wanderte allein weiter, indem er oft ängstliche Blicke in die graue Ebnöde warf, worin der Befährte verschwunden war. Eine Stunde später traf er auf Bill, der die Biegungen, die der Schlitten machen mußte, abgeschnitten hatte.

„Sie sind über eine weite Fläche verstreut.“ meldete er. „Sie folgen uns und schauen zugleich nach Raub aus. Du siehst, uns haben sie sicher, nur daß sie wissen, sie müssen auf uns warten. Mittlerweile suchen sie alles Eßbare auf, was ihnen in den Weg kommt.“

„Du meinst doch wohl nur, sie glauben uns sicher zu haben.“ warf Heinrich ein.

Aber Bill hörte nicht auf ihn. „Ich habe einige gesehen. Sie sind fürchterlich mager. Seit Wochen, glaube ich, haben sie keinen Bissen gehabt außer Fett, Fleisch und Treiber, und es sind ihrer so viele, daß das nicht weit gereicht hat. Ja, fürchtbar mager sind sie. Die Rippen sehen wie ein Wuschbrett aus, und der Bauch ist dicht unter dem Rückgrat. Sie sind verzweifelt, kann ich dir sagen und werden noch toll werden, dann paß aber auf.“

Ein paar Minuten später ließ Heinrich, der nun hinter dem Schlitten ging, ein leises warnendes Pfeifen hören. Bill wandte sich um und schaute, dann hielt er ruhig die Hunde an. Hinter ihnen trabte um die letzte Biegung des Weges und deutlich sichtbar auf der Bahn, die sie eben zurückgelegt hatten, schleichend eine Gestalt in dickem Pelz. Die Nase hielt das Tier dicht am Boden, und trabte mit eigentümlich leichten gleitenden Schritten. Als die Männer stehen blieben, blieb es auch stehen, hob den Kopf, schaute zu

fest an und sog durch die Nasenlöcher zuckend die Witterung ein.

„Das ist die Wölfin.“ sagte Bill.

Die Hunde hatten sich im Schnee niedergelegt, und er ging an ihnen vorüber zu dem Befährten. Zusammen betrachteten sie das seltsame Tier, das sie seit Tagen verfolgt und sie das halbe Gespann gefolgt hatte.

Vorsichtig machte das Tier immer ein paar Schritte vorwärts, bis es auf etwa hundert Meter herangekommen war. Dann stand es mit erhobenem Kopfe neben einer Lannengruppe still und studierte mit Auge und Nase die beobachtenden Männer. Es blickte dieselben in seltsam gespannter Weise an wie ein Hund, aber ohne die Zuneigung eines solchen, vielmehr lag in dem Blick die Bier des Hungers, grausam wie seine Zähne und unbarmherzig wie die Klöße.

Es war für einen Wolf groß, seine hagere Gestalt zeigte die Umrisse eines Tieres, das zu den größten seiner Art zählte.

„Es hat eine Schulterhöhe von gut zwei und einem halben Fuß.“ bemerkte Heinrich, „und ich wette, es ist nicht weniger als fünf Fuß lang.“

„Und was für eine sonderbare Farbe für einen Wolf!“ versetzte Bill. „Noch nie hab' ich einen roten Wolf gesehen, und dieser sieht ganz zimmetfarben aus.“

Nun war wohl das Tier nicht zimmetfarben, denn die vorherrschende Farbe seines Felles war die des echten Wolfes, nämlich grau, dennoch lag darüber ein rötlicher Schimmer, der kam und ging und mehr einer Augenirreführung glich, denn bald sah dasselbe grau, unterschieden grau aus, bald zeigt es jene seltsame Färbung, für die es keine rechte Bezeichnung gab.

„Es sieht wie ein großer Schlittenhund aus.“ sagte Bill. „Ich würd' mich gar nicht wundern, wenn es mit dem Schwanz wedelte.“ — „Holla, du Hund.“ rief er ihm zu. „Komm mal her, wie du auch heißen magst.“

„Es hat nicht ein bißchen Angst vor dir.“ lachte Heinrich. Bill drohte ihm mit der Hand und rief ihm laut zu, aber das Tier verriet keine Furcht. Die einzige Veränderung, die an ihm zu bemerken war eine erhöhte Spannung. Es betrachtete die Männer mit der mitteillosen Bier des Hungers. Sie waren fleischig, und da es hungrig war, wäre es, wenn es gewagt hätte, gern vorwärts gegangen und hätte sie gefressen.

(Fortsetzung folgt.)

Seine „Zurückgezogenheit“.

Aus dem Leben eines Heiratschwindlers.

Ich habe lange zurückgezogen gelebt und habe jetzt Sehnsucht nach einer Lebensgefährtin“ — mit diesen Worten leitete der 33jährige Friedrich Diefede seine Bewerbungsscheiben ein, mit denen er sich auf Heiratsinserate von Witwen und älteren geschiedenen Frauen meldete.

Die „lange Zurückgezogenheit“ hatte auch seine Richtigkeit, nur verschwiegen der eheliche Diefede, der nebenbei seit langem verheiratet und Vater erwachsener Kinder ist, daß sie eine etwas unfreiwillige gewesen war, denn er war kurz vorher erst aus neunjähriger Zuchthaushaft entlassen worden, nachdem er schon einmal vor dem 15 Jahre Zuchthaus verbüßt hatte. Beide Strafen waren gegen ihn wegen Verführung Mordes verhängt worden. Der letzte Mordverurteilung hing auch schon mit einem Heiratschwindel zusammen, denn er hatte seiner damaligen „Braut“ 1200 Mark abgenommen und sie dann, um sie loszuwerden, ins Wasser gestoßen. In fünf Fällen war es Diefede gelungen, ältere Frauen zu betören, indem er sich als „Inspektor im Ministerium“ mit gutem Einkommen ausgab. Er feierte die Verlobung und pumpte dann die Braute zu den Vorbereitungen der Hochzeit tüchtig an. Sobald er nichts mehr herauspressen konnte, verschwand er. Als eine der Braute bei seiner angeblichen Wirtin sich nach ihm erkundigte, stellte sich heraus, daß Diefede sich mit dieser Frau gleichzeitig auch verlobt hatte. Das Schöffengericht Wedding verurteilte Diefede wegen fortgesetzten Betruges zu zwei Jahren Gefängnis.

Erweiterung des Kinderheims Borgsdorf.

Das Kindererholungsheim Borgsdorf (Stiftung Toni Liebermann) ist durch einen Ausbau erweitert worden, der die Möglichkeit gegeben hat, bei Entstehung ansteckender Krankheiten eine zuverlässige Isolierung der Erkrankten und der Krankheitsverdächtigen durchzuführen. Zu einer schlichten Einweihungsfeier hatte das Kuratorium einen Kreis von Frauen und Männern geladen, die in der öffentlichen und der freien Wohlfahrtspflege und besonders in der Jugendfürsorge arbeiten.

Bürgermeister Scholz, der Dezernent für die Wohlfahrtspflege der Stadt Berlin, erinnerte in seiner Begrüßungsansprache daran, daß viele zu den Kindern dieses Heim geschaffen hat. Stadträtin Frau Dr. Wegl, die Vorsitzende des Kuratoriums, gedachte des verstorbenen Dr. Hugo Neumann, des sozial empfindenden Kinderarztes, der vor nun halb einem Vierteljahrhundert die Anregung zu dem schönen Werk gab. Im Jahre 1905 entstand zur Verwirklichung des Gedankens der Verein, der damals eigentlich nur eine Gründung der Familien Neumann und Liebermann war. Später mußte, um den Weiterbestand des von ihm geschaffenen Kindererholungsheims Borgsdorf zu sichern, die Stadt Berlin mit ihren Mitteln eingreifen. Heute wird das Heim, das Raum für 125 Kinder bietet, besonders von der Berliner Waisenspflege zur Unterbringung erholungsbedürftiger Kinder benutzt, aber auch Kinder von Selbstzahlern werden aufgenommen. Die Anstalt dient zugleich als Ausbildungsstätte für junge Mädchen, die beruflich sich der Kinderfürsorge und der Hauswirtschaft (in Anstalten, Kinderhorten, Kindergärten und auch in Familien) widmen wollen. Bei der Einweihungsfeier wurde von Frau Dr. Birnbaum, die als Kuratorin das Heim betreut, in einer Schlussansprache hervorgehoben, daß die freie Wohlfahrtspflege nirgends besser als bei der Stadt Berlin aufgehoben sei. Ein Wettbewerb, das von Kindern und Schülerinnen des Heims hübsch ausgeführt wurde, fand viel Beifall.

Die Teilnehmer der Feier besichtigten das Heim und den großen Garten, in dem die Kinder sich nach Herzenslust tummeln können. Bei der Erweiterung des Hauses sind auch die älteren Räume neu hergerichtet und freundlich ausgestattet worden.

Die Republikanische Vereinigung bei der Preussischen Polizeiverwaltung veranstaltet am 3. Mai, abends 8 Uhr, im Lehrervereinshaus eine öffentliche Kundgebung.

Zimmer wieder Minen!

Die Explosion im Fischuch.

Beim Fischen in der Nähe von Cuxhaven geriet dem Kutter „Minna“ gestern eine Mine ins Netz. Die Mine explodierte mit hoher Wasserfäule, wodurch der Kutter zum Sinken gebracht wurde. Drei weitere Kutter wurden beschädigt, konnten aber den Hafen erreichen.

Im Paddelboot über den Atlantik.

Die Kanarischen Inseln erreicht!

Wie aus Das Palmas auf den Kanarischen Inseln gemeldet wird, ist in dem Hafen Arrecife auf der zu der Inselgruppe gehörenden Insel Lanzarote der deutsche Handelskapitän Franz Komer in seinem sechs Meter langen Paddelboot eingetroffen. Er beabsichtigt beinahe New York im Paddelboot zu erreichen. Auf der Ueberfahrt von Vissabon nach Arrecife mußte Komer mehrere Stürme überstehen.

Montag — Volkstag.

Veranstaltungen der Sozialdemokratie.

1. Mai in der kleinen Stadt.

Träge schiebt das politische Leben in der Ansammlung von alten und neuen Häusern hin, die seit alters her den Ehrentitel Stadt führen darf. Man ist von dem Brennpunkt der Staatsangelegenheiten weit genug entfernt, um sich ausschließlich der rein animalischen Tätigkeit des Verdauens widmen zu können. Die bürgerlichen „Belange“ triumphierten auf allen Gebieten. Selbst die Arbeiter, die die Stadt einschließt, haben wenig gemeinsame Ziele — das Pfahlbürgerturn hat die sozialen Instinkte in Banden geschlagen.

Der Krug geht so lange zu Wasser, bis er bricht, sagt ein Sprichwort: Die Reaktion regiert sich schneller zu Tode. 1. Mai — die Gewerkschaften haben zur Verlamung in ihrem Lokal eingeladen. Alle Wetter, was kommen da für Leute zusammen. Die rote Blume im Knopfloch — die jungen Gentlemen aus den Kaufhäusern und den Bureaus der Stadt und die Mädchen aus den Geschäften sind erschienen und der Arbeiter Schar ist so stattlich wie noch nie. Betrübend sieht man, die sonst schweigend ihren Unwillen tragen — der helle Vormorgen hat sie aufgeschreckt aus ihren ärmlichen Behausungen: sie wollen durch ihre Anwesenheit demonstrieren gegen den Besitzzug, den die Reaktion sich geleistet. Plötzlich wird ein glänzender Gedanke laut: wozu im engen, dumpfen Lokal sitzen, wenn sich eine stattliche Zahl versammelt ist. Der weite Markt soll den Rahmen für die Feier abgeben. Der ganzen Stadt wird ihre Schläfrigkeit aufgestört, helle Fanfaren schmettern über die Straßenbreiten hin — wer noch nicht geweckt ist, wird durch sie ans Fenster, vor die Tür gelockt. Der prächtige Gedanke nimmt Gestalt an, der Zug vergrößert sich — die Werbechriften fliegen durch die Luft, in die Schürzen der Mädel und in die Salons der Madams.

Jetzt spricht der Redner — er feiert das Fest der Arbeit — er spricht von dem, was an anderen Montagen — den 2. — erreicht werden muß. Die Augen blihen, der Beifall wird laut.

Die Stadt ist erwacht, politisch wachgemorden. . . . Und die Philister sehen sich verduht an: wer hätte das gedacht? „Unsere jetzigen Verhältnisse — die allgemeine Zufriedenheit“ — war es vielleicht ein morsches Gebilde, das zu wackeln anfängt?

Röge der 20. Mai vollenden, was der 1. Mai begonnen hat.

Berliner Feiern.

Hell leuchteten die roten Fahnen unter dem grünen Laubbach der Bäume des großen Gartens der Schloßbrauerei Schöneberg, in dem die Arbeiterschaft von Schöneberg und Friedenau ihre Maifeier veranstaltete. Vom Konzertpodium herab intonierten die Kampflieder und Märsche der Kapelle, deren Darbietungen durch die mit großem Beifall aufgenommenen Viedervorträge der „Arbeitsgemeinschaft des Schöneberger Männerchores „Freundschaft““ unterbrochen wurden. Als der Garten sich bis auf den letzten Platz gefüllt hatte, nahm Reichstagsabgeordneter Dr. Julius Moser das Wort zu seiner ständigen Festansprache. Im bunten Wechsel lief dann das Festprogramm

Wählerversammlungen.

Heute, Donnerstag, 3. Mai:

Charlottenburg, 57. Abt. 10 1/2 Uhr in der Schulaula, Schillerstraße 26. Rednerin: Marie Amert, WdW.
Schöneberg, 20 Uhr in der Schulaula, Belgier Ede Eisenacher Straße. Redner: Kurt Heimg, WdW.
Neukölln, 98. Abt. 10 1/2 Uhr im Gefängnis der Gemeindeschule, Mariendorfer Weg. Redner: Dr. Kurt Löwenstein, WdW.

Morgen, Freitag, 4. Mai:

Friedrichshain. Strohhendemonstration unter Mitwirkung der SPD und des Reichsbanners mit Musik. Treffpunkt: 18 1/2 Uhr auf dem Rüttriner Platz. — Abmarsch pünktlich 19 Uhr nach dem Rudolphplatz. Dort Ansprache. Redner: Otto Meier, WdW.
Prenzlauer Berg, 19 1/2 Uhr in der Schulaula, Kleinstr. 49. Redner: Dr. Otto Friedländer.
Mariendorf, 19 1/2 Uhr in der Grasisch-Gesellschaftshaus, Chausseest. 308. Redner: Franz Künstler, WdW.
Neukölln, 19 1/2 Uhr im großen Saal der Reuen Welt, Hofenheide, Filmvorführung des Films: „Dein Schicksal“. Redner: Dr. Kurt Löwenstein, WdW, und Siegfried Aufhäuser, WdW, unter Mitwirkung des Reichsbannerorchesters.
Treptow, 19 1/2 Uhr bei Ritsche, Am Treptower Park 26. Redner: Bezirksverordneter Karl Litzke.
Alt-Giesend. Falkenberg. Lokal Bohn, Grünauer Str. 55. Redner: Erich Kuttner, WdW.
Hermisdorf, 19 1/2 Uhr in der Aula des neuen Realgymnasiums, Kaiserstraße. Rednerin: Bertrud Hanna, WdW.
Siemensstadt, 20 Uhr im Lokal Marfandi, Rennendamm-Allée. Redner: Eduard Zacherl, WdW.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

ah. Die Arbeiterschaft kann mit dem Verkauf ihrer Mäntel zufrieden sein!

Im 10. Bezirk vereinigten sich die Teilnehmer an der Maifeier aus Zehlendorf, Dahlem und Wannsee zu einer sehr gut besuchten Abendfeier im Lindenpark in Zehlendorf. Eine Ansprache des Kreisvorsitzenden Schneider, prächtige turnerische Vorführungen des Arbeiterturnvereins Zehlendorf, ein reizender Fackelzug der Kinderfreunde und Darbietungen der SPD ergaben ein freundliches und erfrischendes Bild der Zusammengehörigkeit.

Im Zeichen eines Blütenfestes stand die Maifeier des Bezirks Kreuzberg im Clou in der Rauerstraße. Hier hatte sich schon im späten Nachmittag ein fröhliches geselliges Treiben entwickelt, das alle Genossen mit ihren Familien und Kindern zu einer einzigen großen Familiengemeinschaft vereinte. Unermüdetliche Freude erregte der Einzug der mit Blumen und Fahnen geschmückten kleinen Kinderfreunde, die mit ihren frischen Kinderstimmen sich in alle Herzen hineinsangen. Arthur Crispian hielt die Festrede, die den 1. Mai als Weltfeiertag im Zeichen des Lichtstundentags und der Völkerverbrüderung feierte.

In Bankow war am Nachmittag das Bürgerparkrestaurant das Ziel vieler Parteigenossen und Gewerkschafter, die dort, wie alljährlich, den 1. Mai, den Feiertag des schaffenden Volkes, festlich und würdig begehen wollten. Die Beteiligung war über alles Erwarten gut.

Bei der Demonstration im Treptower Park fand die rege Beteiligung des Personals und der Ärzte der Berliner Krankenkassenambulanz, das im Zuge seiner Organisation, des Staats- und Gemeindefacharbeiterverbandes, mitmarschierte, besondere Anerkennung. Zeigte sich doch gerade durch die Beteiligung die enge Verbundenheit der Krankenkassenambulanz mit der Berliner Arbeiterschaft.

Die Vertriebenen für die Sozialdemokratie.

Einen großen Erfolg erzielte die 79. Abteilung des SPD mit einer Wählerversammlung, die sie am Sonnabend in Kiekers Restaurant im Paradenlager in der Papestraße in Schöneberg veranstaltete. In den Reden der Abgeordneten des Paradenlagers sind Flüchtlingfamilien untergebracht, die in ihrer überwiegenden Mehrzahl aus dem östlichen Grenzland stammen. Die politische Aufklärungsarbeit war hier sehr wichtig; bei der letzten Reichstagswahl hatten die meisten ihre Stimme den Deutschnationalen gegeben, weil sie an die Versprechungen dieser Partei, die sich in diesem besonderen Fall hauptsächlich auf die Aufwertung und auf das Liquidationschadengesetz bezogen, geglaubt hatten. Der Verlauf der Ereignisse hat sie aber darüber belehrt, daß sie den Lügenparolen einer Partei zum Opfer gefallen waren, die unter allen Umständen die politische Macht erobern wollte, um dann lediglich die Interessen der Besitzenden wahrzunehmen. Diese mit allen Mitteln der Verlogenheit ausgeübte Klassenkampfpolitik hat aber auch ihr Gutes gehabt: sie hat den Flüchtlingen den Weg zur Sozialdemokratie gezeigt. Nicht wenige von ihnen sind schon heute Mitglieder der Partei, und es ist zu erwarten, daß eine große Mehrheit sich am Wahltag für die SPD entscheidet. Der Verlauf der gutbesetzten Versammlung, in der Genosse Wally Schneider-Zehlendorf referierte, ließ diese Hoffnung berechtigt erscheinen. Der Referent deutete geschickt den Schaden an, der in den letzten vier Jahren durch die Regierung des Bürgerblocks verursacht worden ist. Daran schlossen sich Ausführungen über das Schlüßentwädigungsgesetz, durch das gerade den Vermitteln der Flüchtlinge ein ungeheures Unrecht zugefügt worden ist. In der Diskussion sprach ein ehemaliger Nationalsozialist, der drei Jahre hindurch Gelegenheit hatte, die Landstredete der Reaktion aus nächster Nähe kennenzulernen. Die Lehre, die dieser junge Mensch aus seinen traurigen Erfahrungen gezogen hatte, veranlaßte ihn, mit bewegten Worten für die Sozialdemokratie einzutreten, auf die er ein dreifaches Hoch ausbrachte, in das die Versammlung begeistert einstimmte. Auf den Erfolg dieser Veranstaltung dürfen unsere Parteigenossen mit Stolz zurückblicken.

Die Friedrichshagener Genossen hatten den guten Einfall, ihre Agitation durch Bilder aus der Praxis zu unterstützen. Die Genossin Todenhagen leitete den Film der Arbeiterwohlfahrt mit Worten folgenden Inhalts ein: Wir haben unter der Bürgerblockregierung gesehen, wie wenig die Kapitalisten imstande sind, für das Volk etwas zu tun. Wenn die Sozialdemokratie zur Schaffung der „Arbeiterwohlfahrt“ greifen möchte, so ist dies nur ein Beweis der großen Not. Es hat nichts mit der Wohlthätigkeit der Bürgerlichen gemeinsam. Die Sozialdemokratie wirkt auf Mensch zu Mensch, sie strebt nach Formen einer neuen Lebensgemeinschaft. Am 20. Mai möchte es Pflicht jedes einzelnen sein, an diesem hohen Werk mitzuarbeiten durch die Abgabe seiner Stimme für die Partei. Der Film, von der Genossin Wachenheim zusammengestellt, zeigt in überzeugenden Bildern die Notwendigkeit des Eingreifens der „Arbeiterwohlfahrt“.

Leopold Gaduel KÖNIG-STR. 22-26
Das Haus für grosse Weiten

Langsam lesen! Damit Sie das Richtige herausfinden!

<p>Die schönsten Wander-Kleider</p> <p>secht lodenbrenn bedruckt, kurzärmelig, Jumper einfarbig. Hoch aus karierten bunten Stoffen. Der Jumper hat am unteren Rande ringsherum ein den Aermeln am runden Halsausschnitt u. seitlich des Brustbereichs mit einer eleganten Wellenlinie verziert u. dieses praktische Kleid, welches in den grünen Weiten vorrät, ist koste: 10.00</p>	<p>Herrlicher jugendl. Maniel</p> <p>aus reinwollenem Fransenstoff, auf wunderbar seidenglänzendem Futter in der beliebtesten Pezzenform. Der Mantel ist im Rücken, am Kragen, Revers und an den Seitenteilen mit einer feinen Seidenstepperei verziert. In der Linie dieses entzückenden Mantels ist das Motiv der Jugendlichkeit harmonisch durchgeführt. In vielen modernen Farben vorrätig 25.00</p>	<p>Fescher Sport-Mantel</p> <p>aus guten Herren-Stoffen, in bester Verarbeitung, in wundervollen neuen Dessins, Passe, aufgesetzte Taschen, Rückenfalten, Gürtel, in den aller-größten Weiten vorrätig 59.00</p>	<p>Wundervolle Voile-Kleider</p> <p>mit langen Aermeln, prima schwarzer Voilvoile, in vielen Dessins, ganz entzückend verarbeitet. Der Rock, welcher kraus angezogen ist, ist runderum mit einer herrlichen bunten Stickerei verziert. Dieses hübsche Hochsommer-Kleid, welches in vielen Farbstellungen vorrätig ist, kostet 25.00</p>	<p>Das Allerneueste, schöner wie Crêpe Graciele ist das Toilette-Kleid</p> <p>größtenteils wundervoll ausgeführt, waschecht. Der Einsatz, Kragen und die Aermel sind mit Tüllrüschen versehen. Der Rock ist der neuesten Mode entsprechend an den Seiten zügel gearbeitet. Ein eigenartiger Zauber umgibt dieses herrliche Kleid in vielen Farbstellungen, auch für die stärkste Dame vorrätig 39.00</p>	<p>Entzückende Tennis-Kleider</p> <p>aus guten Stoffen, ohne Ärmel, zum Teil mit spitzem Ausschnitt, zum Teil offen und geschlossenen zutragenden Jumperform, mit echten farbigen Besätzen, das Vorderteil des Rockes ist in Falten gelegt, in allen Größen vorrätig 8.00</p>
---	---	---	--	---	--

Bademäntel für Herren, in reicher Farbauswahl, leicht u. waschecht, von 9.00 an

Badecapes für Damen, in bester Qualität und großer Farbauswahl, von 9.00 an

Bade-Anzüge aus Trikot, für Damen und Herren, schwarz-weiß angezogen, mit Gummigürtel, von 3.50 an

„Forma“-Bade-Anzüge (Trikot) von 4.95 an

Damen-Schlaf-Anzüge 4-Trikot, in bester Qualität, entzückend verarbeitet, mit farbigen Besätzen abgepasst, von 3.50 an

Märchen eines anonymen Beobachters.

Der Berliner Gaspreis. — Unsere Diskussion mit dem „Deutschen Volkswirt“.

Herr A. B., dessen famose Selbstkostenrechnung über das Berliner Gas wir hier behandeln mußten (vgl. „Vorwärts“ Nr. 189 vom 3. April 1928), hat uns nunmehr geantwortet, wenn man das, was er schreibt, eine Antwort nennen kann. Zunächst versichert uns die Redaktion des „Deutschen Volkswirt“, daß A. B. kein Interessent sei, und Herr A. B. erklärt sich als „anonymer Beobachter“. Wir nahmen das mit Vergnügen zur Kenntnis, zumal es zeigt, daß es nunmehr auch Außenstehenden schon gelingt, mit ebensoviele Grazie an der Wahrheit und den Tatsachen vorbeizugehen, wie das sonst bei Interessenten üblich ist. Wir werden zeigen, daß er auch in seinen diesmaligen Ausführungen ebenso wenig den Kern der Dinge trifft, wie er seinerzeit in der Lage war, den Berliner Gaspreis richtig zu berechnen. Zuvor aber an die Adresse der Redaktion des „Deutschen Volkswirt“ noch das eine Wort, daß, wenn sie wußte, daß Herr A. B. kein Interessent und in diesem Sinne kein Fachmann ist, daß sie dann bei der Prüfung des Artikels mit größerer Sorgfalt hätte vorgehen müssen.

Der Anonymus ist tatsächlich ahnungslos.

Nun zu den Ausführungen, die Herr A. B. zu unserer Kritik macht. Wir stellen fest, daß A. B. die Selbstkosten des Berliner Gases ab Gaswerk auf 10,42 Pf. je Kubikmeter angegeben hat (gegen tatsächlich nur 4,13 Pf.), weil er das vergessene zu haben scheint. Wir wandten ein, daß A. B. den in den Gaswerken selbst erzeugten Koks, der bei der Gaserzeugung wieder verwendet wird, nur unter den Ausgaben und nicht unter den Einnahmen berücksichtigt hat. A. B. bestreitet, daß er das getan habe. Gewiß hat er in der von ihm gegen uns angeführten Tabelle den Koks richtig sowohl unter Einnahmen wie unter Ausgaben verbucht. Bei der Berechnung der Selbstkosten hat er ihn aber unter den Ausgaben gerechnet. Hier betreten heißt also — leider mit Zustimmung des „Deutschen Volkswirt“ — die Unwissenheit sagen.

Ferner erklärt A. B., er hätte doch nicht wissen können, daß unter dem Wertserhaltungsfonds auch die Abschreibungen auf das Zeitungsgeschäft verbucht würden. A. B. hätte das wissen müssen; denn umsonst erscheinen in der Bilanz derartige Abschreibungen nicht. Außerdem hätte er es aus einem anderen Grunde wissen müssen. Er selbst gibt an, daß ein neuzeitliches Gaswerk (ohne Baugebäude, auf das nicht abgeschrieben zu werden braucht, und wohl auch ohne Zeitungsgeschäft) für 40 Millionen Kubikmeter Gaserzeugung 5 bis 5,2 Millionen Mark kostet. Die Berliner Gaswerke erzeugten 1925 427,4 Millionen Kubikmeter. A. B. konnte also bei Annahme einer Kapazität von 500 Millionen Kubikmeter zusätzlich einer Reservekapazität von 20 Proz., also einer Gesamterzeugungskapazität von 600 Millionen Kubikmeter den Anlagewert der Berliner Gaswerke auf rund 75 Millionen Mark schätzen. Er gibt als erforderlichen Abschreibungssatz 8 Proz. jährlich an. Er mußte also wissen, daß etwa 6 Millionen Mark jährlich ein angemessener Abschreibungsbetrag für die Berliner Gaswerke wären. Für Wertserhaltung, d. h. Abschreibungen stehen aber in der Bilanz der Berliner Gaswerke für 1925 nicht 6 Millionen Mark, die A. B. für angemessen halten würde, sondern 12,8 Millionen Mark, d. h. mehr als das Doppelte der Abschreibungen, die A. B. für erforderlich hält. Ein aufmerksamer Beobachter hätte also erkennen müssen, daß hier auch die Abschreibungen für das Zeitungsgeschäft verbucht wurden.

In seinem ersten Aufsatz hatte A. B. die Abschreibung auf das Kapitalwertverwertungskonto als einen laufenden Selbstkostenfaktor der Gaserzeugung behandelt, obwohl dies eine einmalige Abschreibung war. Er gibt dies als unrichtig zu, vernimmt jedoch die Aufführung des Kapitalwertes. Das Anlagekapital müsse mit mindestens 7 Proz. verzinst werden. A. B. irrt sich. Da die Berliner Gaswerke teils in der Vorkriegszeit, teils in der Inflation gebaut wurden und alle Verbesserungen der Werke, die sehr erheblich waren, nach der Währungsstabilisierung aus laufenden Einnahmen bestritten wurden, wäre es im Gegenteil gerechtfertigt, überhaupt keine Verzinsung des Anlagekapitals zu erwirtschaften. Es ist keineswegs logisch notwendig, daß die Stadt an ihren Werken zum Inflationsgewinner wird. Darum, weil die Essener K.G. für Kohleverwertung, die stark mit geborgtem Kapital arbeiten muß, 7 Proz. und mehr dafür zu zahlen haben wird, kann man noch nicht behaupten, daß die vorhandenen Gaswerke ebenfalls 7 Proz. ihres Anlagekapitals unter ihre Selbstkosten ezurechnen müssen. Gerade weil sie das nicht brauchen, ist das

Ferngasunternehmen der Ruhr so fragwürdig.

denn es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß hier Anlagekapital investiert wird, das nicht investiert werden sollte, weil mit seiner Verwendung keine Verbilligung des Gases erzielt wird. Die keiner Weise begründete Behauptung des anonymen Beobachters, daß mit dem Berliner Gaspreis ab Gasbehälter von 4,13 Pf. je Kubikmeter das Ferngas konkurrieren könne, genügt wirklich nicht. Noch weniger

genügt es, wenn er statt konkreter Ziffern eine gelegentliche Zeuherung eines Gasfachmannes anführt, der die Gaselbstkosten in städtischen Gaswerken höher einschätzt. Er bleibe bei dem von ihm gewählten Berliner Beispiel. Er hat für Berlin eine solche Zahl angegeben und nicht einmal den Mut, das offen einzugestehen.

Statt dessen spielt er die Diskussion, Berlin betreffend, auf ein anderes Gebiet, auf das wir ihm gern folgen. Er kritisiert die Höhe des Gewinns der Stadt Berlin aus ihren Gaswerken. Hier sei zunächst bemerkt, daß A. B. annimmt, Berlin verdiene je 1000 Kubikmeter Gas 49 M., d. h. etwa 23,5 Millionen Mark jährlich, bei einem Aktienkapital der Gaswerke von 15 Millionen Mark. A. B. erwähnt aber auch hier noch nicht und überhaupt an keiner Stelle, daß die Gaswerke K.G. die städtischen Gaswerke nur gepachtet hat und daß demnach das Nominalkapital von 15 Millionen Mark einen Betriebsfonds darstellt, den, wie er aus den Bilanzen weiß, die Gaswerke im wesentlichen aus den Gewinnen der Jahre 1924 und 1925 gebildet haben; er erweckt also bewußt den irrigen Eindruck, daß hier über 100 Proz. Reingewinn erzielt würden. Tatsächlich aber verdienen die Ueberschüsse der Gaswerke unsere ernsteste Aufmerksamkeit.

Die Stadt Berlin hatte aus den Gaswerken Einnahmen:

	1924	1925	1926	1927
Abgabe aus Bruttoeinnahmen	3	3,2	6,3	6,9
Gewinn	—	—	5,7	6,9
Abdeckung des Kapitalwertverwertungs-kontos aus der Erleichterung von Neuanlagen	—	—	5,8	?
	3	3,2	17,6	?

Die Einnahme für 1927 läßt sich nicht feststellen. Die Gaswerke haben in diesem Jahre Neuanlagen, die das Vermögen der Stadt vermehren, aus laufenden Mitteln errichtet. Da sie jedoch den Zugang auf dem Kapitalwertverwertungskonto nicht erkennen lassen, weil sie ihn aus dem Jahresertrag wieder abgeschrieben haben, läßt sich für 1927 kein klares Bild mehr gewinnen, was der Stadt an Vereinnahmen und Vermögenszuwachs zusammen zugeflossen ist. Neben dem Gewinn, der der Stadt zufließt, haben die Gaswerke jedoch noch innere Reserven aus ihren Ueberschüssen geschaffen. Neben der reichlichen Dotierung des Wertserhaltungsfonds betragen sie 1924 4,8 Millionen Mark, 1925 8,2 Millionen Mark, 1926 über 9,8 Millionen Mark und 1927 an 1,8 Millionen Mark. Das faktisch festgestellte Anlagekapital wurde 1924 mit etwa 180 Millionen Mark, 1925 mit etwa 190 Millionen Mark, 1926 mit etwa 200 Millionen Mark und 1927 mit etwa 192 Millionen Mark angegeben. Das letzte Jahr, für das sich der gesamte Reingewinn klar erkennen läßt, das Jahr 1926, brachte also eine Verzinsung des statistisch ermittelten Anlagekapitals von 9 Proz. Unter Berücksichtigung der aus laufenden Mitteln neu erstellten Anlagen dürfte die Verzinsung des Anlagekapitals den Satz von 10 Proz. erheblich überschritten haben.

Die Sondersteuer im Gaspreis — Höhere Realsteuern gefällig?

Nach wir glauben, daß der Gewinn, den die Stadt aus ihren Gaswerken wie aus ihren anderen Betrieben zieht, übermäßig und möglicherweise gefährlich hoch ist. Aber wir wissen leider, daß die Dinge nicht so einfach sind, wie A. B. meint, der die Bürgerschaft von Berlin auffordert, sich zu fragen, „ob sie diese Sondersteuer, die eine Herabsetzung des Gaspreises um 4 bis 5 Pf. je Kubikmeter verhindert, der Stadtverwaltung weiterhin bewilligen will“. Denn die 14 Millionen Mark, die die Stadt im letzten Jahr an baren Einnahmen aus den Gaswerken zog, würden eine entsprechende Erhöhung der Realsteuern notwendig machen, die man leichtens Herzens nicht vornehmen will. A. B. scheint nicht zu wissen, daß die Stadt Berlin infolge der eigentümlichen Regelung des preußischen Finanzausgleichs jährlich einen großen Teil der Steuerleistung ihrer Bürger an andere Gemeinden abgeben muß. In den vier Jahren 1924 bis 1927 wurden Berlin durch Sonderbestimmungen über 180 Millionen Mark entzogen. Wäre das nicht der Fall, so könnten nicht nur die Berliner Gaspreise um 4 Pf. je Kubikmeter niedriger sein, sondern auch manches andere.

Es waren die politischen Freunde der Ferngasverwertung, die eben noch im Landtag durch die Beibehaltung der jetzigen Regelung, über die mit ihren Stimmen gegen die Sozialdemokratie entschieden wurde, auch die Beibehaltung des Berliner Gaspreises notwendig machten. Doch ihr uninteressierter anonymer Freund sich jetzt über dessen Höhe aufregt und das in dem ohnehin nicht gemeindefreundlichen „Deutschen Volkswirt“, das ist in der Tat erstaunlich. Uebrigens, ändert den Finanzausgleich und der Berliner Gaspreis kann noch weiter gesenkt werden.

Bankrotte Anleihepolitik.

Beratungsgestelle hat es auf einmal eilig.

In den letzten Wochen hat man merkwürdig wenig mehr gegen öffentliche Anleihen in der Presse gehört. Im Gegenteil. Die Beratungsgestelle im Reichsfinanzministerium, wo Reichsbankpräsident Dr. Schacht monatelang seine Diktatur ausgeübt und der Reichsfinanzminister Dr. Köhler bereitwillig Beistand geleistet hat, hat es auf einmal sehr eilig. Das ist sicher gut so. Aber es fällt doch auf, daß die Spitzenverbände von Industrie und Handel, die noch vor wenigen Wochen — wir erinnern an das Reiseprogramm des Reichsverbandes der Deutschen Industrie — ultimativ 20 Proz. Ausgabenreduzierung der öffentlichen Körperschaften verlangt haben, mit einer Verfassungsänderung spielten, und eine Finanzdiktatur über die Gemeinden errichten wollten — heute ihre Notrufe vergessen haben, und daß die Unternehmerpresse aller Schattierungen es kaum erwarten kann, daß die große Sammelanleihe der deutschen Städte im Zustande begeben wird.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ meldet nach „neuesten ihr zugegangenen Informationen“, daß die Beratungsgestelle nicht beabsichtigt, die Städte weiter hinzuhalten, bis die Schuldbesprechungen zur Feststellung des gesamten Kommunalarbeitsbedarfs fertiggestellt sind. Sie werde vielmehr einer bald zu begebenden ersten Auslandsanleihe von 25 Millionen, die eine Abschlagsanleihe ist, ihre Zustimmung geben. Man erfährt weiter, von einer Festlegung des Reichsfinanzministers Dr. Köhler dahin, daß das Recht der kommunalen Selbstverwaltung durch keinen Eingriff von oben, für den das Finanzministerium bekanntlich schon einen Gesetzesentwurf bereit hatte, geschmälert werden soll. Hinzugefügt wird, daß die gegenwärtigen Verhältnisse auf dem deutschen Kapitalmarkt die Öffnung der Auslandsmärkte erzwingen und daß die zusätzliche Einfuhr ausländischen Kapitals sogar dringend geboten scheint, wenn das Zinsniveau einigermaßen erträglich gehalten werden soll.

Was hier von der Beratungsgestelle berichtet wird, paßt ausgezeichnet zu dem Stellungswechsel, den Reichsbankpräsident Dr. Schacht selbst in seiner Königsberger Rede gegenüber der Bochumer Rede vorgenommen hat. Rechtzeitig konnte nachgewiesen werden, daß sowohl die Schätzungen des Reichsbankpräsidenten über die kurzfristige Verschuldung der Städte als auch seine Behauptungen über deren Verschwendungswirtschaft unrichtig waren. Jetzt zeigt sich, daß der legitime Geldbedarf der Städte trotz der verhältnismäßig großen Leistungsfähigkeit des inländischen Kapitalmarktes einfach nicht mehr befriedigt werden kann, wenn das Wirtschaftsleben durch Kreditverknüpfung nicht zu kurz kommen soll. Der Industrie ist deutlich geworden, daß in ganz überflüssiger Weise die Kreditverknüpfung der öffentlichen Körperschaften durch die Drohung der öffentlichen Aufträge der industriellen Tätigkeit einen schweren Schlag versetzt hat. Kurz, die vom Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht inaugurierte gemeindefeindliche Kreditpolitik ist bankrott ohne ein anderes Ergebnis als das einer schweren Schädigung der Gesamtwirtschaft, die sich sowohl in einem Rückgang der Beschäftigung als auch in einer allgemeinen Vertiefung der Kredit- und Kapitalbeschaffung äußert.

Weil es sich bei den Städten um legitimen Bedarf gehandelt hat, für den sich ohne weiteres, sei es aus dem produktiven Charakter, sei es durch eingehende Deckung, eine Beschaffungsmöglichkeit ergab, deshalb wurden die Gelder und Kapitalien auf irgendeinem Wege beschafft. Nur die durch eine unfähige Politik verteuerten Kosten mußten in Kauf genommen werden. Es ist deshalb in jeder Hinsicht auch unberechtigt, die von der Stadt Köln in den letzten Tagen in Holland aufgenommene Anleihe von 3 Millionen Mark zu 8 Proz. als eine Torheit und gar Schlimmeres hinzustellen angesichts der jetzt zu erwartenden Freigabe der Auslandsanleihen durch die Beratungsgestelle, wie es von der bürgerlichen Presse geschieht. Es ist bei allen Banken wohl bekannt, daß schon ein sehr großer Teil der bisherigen Inlandsanleihen ins Ausland gewandert ist, so daß sich das Vorgehen Kölns nur durch die Form, nicht durch die Sache unterscheidet.

Anzuklagen ist hier nicht die Stadt Köln, noch irgendeine Stadt in Deutschland, anzuklagen sind der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, Reichsfinanzminister Dr. Köhler und die von ihnen beeinflusste Beratungsgestelle, deren Politik endgültig

*Kathreiners
Malzkaffee
... auf jeden Kaffeetisch!*

Was ein Kind nicht mag



soll man ihm nicht aufzuringen, denn sonst kann es leicht seine Gesundheit einem Vorurteile der Eltern zum Opfer bringen. Nicht immer ist die Weigerung des Kindes als Eigensinn oder Trots anzusehen, denn der Organismus fordert Abwechslung unter den Nahrungsmitteln in ihrer Zusammensetzung, Beschaffenheit und im Geschmack. Sorgen dieser Art verschwinden sofort, wenn Oetker-Puddings auf den Tisch kommen, denn diese werden immer gern und restlos verzehrt, weil sie wohlschmeckend, nahrhaft und doch leicht-verdaulich sind. Dr. Oetker's Puddingpulver werden durch Zusatz von feinstem Reispudding jetzt in noch besserer Qualität hergestellt und enthalten außerdem die für die Blutbildung und den Körperaufbau notwendigen mineralischen Salze. Ein Pöckchen kostet 10 Pfennig. Dr. Oetker's Backin-Backpulver, Puddingpulver, Vanill-Zucker, Gussin usw. sind in allen Geschäften stets frisch zu haben. Viele Anregungen zum Backen und zur Bereitung von Süßspeisen bietet Ihnen das neue Oetker-Rezeptbuch, Ausgabe F, das für 15 Pfennig

in den einschlägigen Geschäften erhältlich ist. Sie erfahren aus dem Buche auch Näheres über den vorzüglichen Backapparat „Näckenwunder“, mit dem Sie auf kleiner Gaskocherflamme backen, braten und kochen können. In völlig neuer Bearbeitung ist Dr. Oetker's Schulkochbuch, Ausgabe C wieder erschienen. Es will für jede Hausfrau und besonders für die angehenden ein guter Ratgeber in der Haushaltsführung sein, denn es trägt den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung und berücksichtigt die neuen Forschungsergebnisse in der Ernährungswissenschaft. Zahlreiche farbige Tafeln vervollständigen die Sammlung von fast 500 Koch-, Back- und Einmache-Rezepten. Das 150 Seiten starke Buch ist in dauerhaftem Pappband, wo nicht vorrätig, gegen Einsendung von 30 Pfennig in Marken von mir portofrei zu beziehen.

Dr. August Oetker, Bielefeld.

Aus der Werkstatt.

Von Hermann Desse.

Es war gegen Anfang des Winters, an einem Montag, und wir hatten alle schwere Köpfe, denn am Sonntag hatte ein Kollege aus der Stecherschen Maschinenbauerei seinen Abschied gefeiert, und es war spät geworden und hoch hergegangen mit Bier und Wurst und Kuchen. Nun standen wir trüg und schläfrig und verdrossen an unseren Schraubstöcken, und ich weiß noch, wie ich den Hannestrich beneidete, der eine große Schraubenstange auf der englischen Drehbank hatte; ich sah oft zu ihm hinüber, wie er an der Schiene lehnte und hinzelte und so halb im Schlaf die bequeme Arbeit tat. Zu meinem Verger hatte ich eine heikle Beschäftigung, das Nachfeilen von blanken Maschinenteilen, wobei ich fast jede Minute den Kolbner brauchte und beständig mit ganzer Aufmerksamkeit dabei sein mußte. Die Augen taten mir weh, und meine Beine waren so unausgeschlafen und müd, daß ich fortwährend den Tritt wechselte und mich oft mit der Brust an den oberen Knopf des Schraubstockhebels lehnte. Und den anderen ging es nicht besser. Der Senfjodel blieb schon an einem Eisenstück eine halbe Stunde, und der Karle hatte soeben den Reihel, den er schärfen wollte, in den Schleifsteintrag fallen lassen und sich die Finger dabei aufgerissen. Wir hatten ihn ausgelacht, aber nur schwächlich; wir alle waren zu müde und verstimmt.

Aber der kleine Rohenjammer war das allerwenigste, das wußten wir alle, wenn auch keiner davon reden mochte. Oft genug war es gerade am Morgen nach einer Zecherei in der Werkstatt extra lustig zugegangen. Diesmal hörte man nicht einmal die üblichen Anspielungen auf gestrige Ereignisse und keinen von den gewöhnlichen komischen Bierlächen. Alle hielten sich still und fühlten, daß etwas Feinliches im Anzuge war. Und das galt unserem ältesten Gesellen, dem Hans Bastel. Er hatte schon seit acht Tagen auf Schritt und Tritt Reibereien mit dem Meister gehabt, namentlich mit dem jungen, dem Meistersohn, der neuerdings das Regiment fast allein führte. Und seit ein paar Tagen konnte man spüren, daß ein Unwetter drohte; die Stimmung in der Werkstatt war schwül und bedrückt, die Meister redeten nichts, und die Lehrlinge schliefen schon und ängstlich herum, als schwebte immer eine ausgestreckte Hand ihnen über den Ohren.

Dieser Hans Bastel war einer der tüchtigsten Mechaniker, die ich kannte, und stand nun über ein Jahr bei uns in Arbeit. In dieser Zeit hatte er nicht nur meisterlich gearbeitet und uns anderen alle in Schritten gelehrt, sondern auch manche Neuerungen und Verbesserungen im Betrieb eingeführt und sich beinahe unentbehrlich gemacht. Anfangs hatte es mit dem jungen Meister, der ihm etwa widersprach und sich keinen Gehilfen über den Kopf wachsen lassen wollte, häufig kleinere Reibereien gegeben, namentlich da Hans Bastel eine verfeinerte Fähigkeit und gelegentlich ein trotzig-höhnisches Wesen sehen ließ. Dann aber hatten die zwei Männer, die beide in ihrem Beruf mehr als das Gewöhnliche leisteten, einander einigermassen verstehen bekommen. Der Jungmeister arbeitete nämlich insgeheim an einer Erfindung, es handelte sich um einen kleinen Apparat zum selbsttätigen Abstellen der archen Chemischen Strickmaschinen, eine sehr praktische und wertvolle Sache. Daran experimentierte er nun eine Weile schon herum und war oft halbe Nächte damit awien in der Werkstatt. Hans Bastel aber hatte ihn beaufsichtigt und war, da ihn die Erfindung interessierte, zu einer etwas anderen, effizienteren Lösung gekommen. Selbter hatten die beiden viel zusammen gearbeitet. Dann traten wieder Verstimmungen ein, denn der Geselle erlaubte sich gelegentlich manche Freiheiten. Altes Stunden und halbe Tage aus, kam mit der Haare ins Gesicht usw., lauter Kleinigkeiten, in welchen unser Meister sonst äußerst streng war, und die er ihm nicht immer ungescholten ließ. Doch kam es nie mehr zu ernstlichem Janz, und mehrere Wochen war völliger Friede im Hause gewesen, bis plötzlich wieder eine Spannung eintrat, die uns alle besorgt machte. Einige sagten, der Geselle sei dem Jungmeister auf Viebeswegen ins Gebirge gekommen, wir anderen waren der Ansicht, Hans Bastel habe vermutlich ein Anrecht an den Mitbestimm der kleinen Erfindung machen wollen, und lenker weigerte sich, ihm dies zuzugestehen. Sicher wußten wir freilich nur, daß der Geselle seit Monaten einen übertriebenen hohen Wochenlohn erhielt, daß er vor acht Tagen im Modellverszimmer einen sehr lauten, normigen Wortwechsel mit dem Jungmeister gehabt hatte, und daß selbter die beiden einander grimmig anschauten und einander mit einem bösarigen Schweigen auswichen.

Und nun hatte der Hans Bastel es gemoot, heute Blauen zu machen, es war bei ihm schon lange nimmer vorgekommen, und bei uns Kollegen überhaupt nie, denn von uns wäre jeder sofort entlassen worden, wenn er einmal Blauen gemacht hätte.

Es war, wie gesagt, kein guter Tag. Der Meister wußte, daß wir nichts getrunken hatten, und sah uns scharf auf die Finer. Seine Mut über das Ausbleiben des Gesellen mußte nicht klein sein, denn es lag etwas Wichtiges an dem Gesellen. Er saute nichts und ließ sich nichts anmerken, aber er war bleich, und sein Schritt war unruhig; auch bläkte er öfter als nötig auf die Uhr.

„Das gibt 'ne Sauerei, du,“ kühlerie der Karle mit zu, als er an meinem Platz vorbei zur Ehe ging.

„Glaube auch, und keine Klein!“ sagte ich.

„Zum Donner, was gib's da zu schwächen?“ schrie da der Meister herüber, und man merkte seiner Stimme an, daß es in ihm trieb und würgte.

„Was gefragt hat er mich,“ rief ich zurück, „man wird doch auch zwei Worte reden dürfen.“

„Seid ruhig, Kauspely, oder ihr könnt euch wundern!“ So, wir waren gerne ruhig.

Die Mittagsstunde war vorbei, und es verging auch allmählich der lange Nachmittag, freilich entschlich langsam, denn die verhoffene Ruh machte den Meister zu einem unerträglichen Arbeitsnachbar. Er gab sich, obwohl er stets nach unseren Arbeiten sah, nicht mit uns ab, ja, er schmeidete sogar ein größeres Stück, statt einen von uns an den Vorhammer zu kommandieren, allein, und dabei ließ ihm der Schweiß übers Gesicht und tropfte zischend auf den Amboss. Uns war ums Herz wie im Theater vor einer Schredenszene oder wie vor einem Erdbeben.

Um vier Uhr, während wir unser Besperbrot aßen, tat der Meister etwas Sonderbares. Er ging zu Hans Bastels Platz an der Werkstatt, nahm zwei Schraubenschlüssel und machte mit vieler Mühe des Hansen Schraubstock los, der seit vielen Jahren dort seine Stelle gehabt hatte. Was dachte er sich bei dieser seltsamen, unruhigen Arbeit? Es sah fast aus, als wollte er den Gesellen über-

Die Geschichte der roten Fahne.

Von Karl Reber (Paris).

Erster Teil In allen Städten der Erde, in allen Ländern, die nicht unter der Diktatur der Reaktion stöhnen, sind die roten Fahnen der internationalen Arbeiterbewegung aufmarschiert. Und beim Anblick dieser Fahne, dem Symbol einer neuen Ordnung, fühlt der Proletarier sein Herz rascher schlagen und die Hoffnung auf bessere Zeiten gibt ihm Kraft und Freude zum Kampf.

Doch selten denkt man darüber nach, warum gerade die rote Fahne das Sinnbild der internationalen Arbeiterbewegung geworden ist. Kein Wappenstein und kein Geschichtswort gibt darüber Aufschluß.

Die rote Fahne kommt aus Frankreich. Jahrhundertlang war sie die Fahne der absoluten Monarchie während der Periode ihrer blutigsten Repressionen. Sie zeigte an, daß die Stadt, über der sie wehte, in Belagerungszustand war. Empörten sich die Bauern gegen den Adel und die Geistlichkeit, erhob sich eine Provinz, riefen sich Bettler und Taschendiebe zusammen, um die Bäckersäden zu plündern, rasch wurde der Belagerungszustand ausgerufen und der König ließ auf Türmen und öffentlichen Gebäuden die rote Fahne hissen.

Nach während der Französischen Revolution war die rote Fahne das Banner der Monarchie. Unter ihrem Zeichen geschah der 17. Juli 1791 auf dem Marsfeld, wo das Pariser Volk blutig niedergeschlagen wurde. Doch war es das letztemal in der Geschichte Frankreichs, daß die rote Fahne der Regierung als Banner diente, die seine erschütterte Macht wieder aufzurichten versuchte, indem sie das Volk niedermehelt.

Doch muß eine merkwürdige Tatsache festgestellt werden: während sich die Regierung der roten Fahne bediente, erschien sie zu gleicher Zeit frühzeitig in der Geschichte als Symbol der Revolution. Während der Fronde in der Mitte des 17. Jahrhunderts sammelten sich die Revolutionäre ganz spontan unter einer roten Fahne. Als Condé, der große Condé, berührt unter der Regierung des Sonnenkönigs, mit dem Hof Annas von Oesterreich und Mazarin brach und sich mit Spanien verbündete, war seine erste Geste, sich mit einer breiten roten Schärpe zu gürteln. Einige Zeit danach siegte die Fronde in Bordeaux und die Republik von Ormées wurde proklamiert. Das war im Jahre 1654. Debole-Mittom, den die Geschichte ungerechterweise verleumdet hatte, wurde ihr allmächtiger Führer. Und die Fahne dieser Republik, die während einiger Tage auf dem Rathaus von Bordeaux wehte, war eine rote.

Später, um das Jahr 1680, während der Revolte der „Bonnets Rouge“ in der Bretagne, ist es wieder die rote Fahne, unter der sich die Empörer sammelten.

Doch erst während der Französischen Revolution wurde die rote Fahne endgültig zum Wahrzeichen des revolutionären Volkes, und während der Augusttage 1792 bekam sie die Bedeutung, die sie bis heute noch hat.

Der 10. August 1792 ist nicht nur ein denkwürdiges Datum in der Geschichte Frankreichs und der Demokratie Europas, sondern auch in der Geschichte der roten Fahne.

Seit drei Jahren schon kämpfte das französische Volk gegen die alte soziale Ordnung und das alte Regime, das in allen seinen Fugen trachte. Das Feudalystem war hinweggefegt worden, doch das Volk hatte sein Blut für die Großbourgeoisie vergossen, die nicht aufgeben wollten, doch der treubruchige König und die „Oesterreicherin“ sahen noch immer in den Tuileries. Beide träumten davon, die Pariser Conaille mit Hilfe der österreichischen, preussischen und spanischen Bajeonete niederzuschlagen. Die Emigranten waren in Koblenz am Rhein verlammet und die Geistlichkeit intrigierte an den fremden Höfen, um die Meinherrschaft der Bourbonen wieder herzustellen.

haupte nicht mehr in der Werkstatt haben; aber das war jetzt bei der vielen Arbeit rein nicht möglich. Mir machte es einen fast schauerlichen Eindruck, zu sehen, wie dieser praktische, jeder Spielerei bitter abhold Mann in seinem stillen Grinn auf eine solche symbolische Handlung versiel.

Abends um fünf Uhr fuhren wir ordentlich zusammen, als die Werkstatt ausging und der Hans Bastel behaglich eintrat, noch in Sonntagsgelbtem und den Hut im Genick, die linke Hand im Holenack und leise pfeifend. Wir erwarteten mit Angst, daß der Meister ihn nun anreden, ausschelten und ondrücken, so vielleicht schlagen würde. Der tat aber nichts davon, sondern blieb stehen wo er war, sah sich nicht nach dem Eintretenden um und biß sich nur, wie ich deutlich sah, trunphast auf die Unterlippe. Ich begriff beide nicht, am wenigsten den Bastel, bis ich bemerkte, daß dieser ein wenig angegrunten war. Den Hut auf dem Kopf und die linke Hand im Sack dummelte er herein bis vor seinen Platz. Da blieb er stehen und sah, daß sein Schraubstock weggenommen war.

„Der ist ein Dumpe, der das getan hat,“ sagte er. „Aber niemand gab Antwort. Darauf redete er einen von uns an, erzählte l' einen Wig, aber der hütelte sich natürlich und wagte nicht aufzu- n oder gar zu lachen. Da ging Hans Bastel in die freigehaltene Ae der Werkstatt, wo die kleine vom Meister und ihm gemacht acue Maschine stand; sie war bis auf Kleinigkeiten fertig und prouitorisch an eine Eisenschleie angeschraubt. Er nahm die darüber gebreietete Sackleinwand ab und betrachtete das Werklein eine Weile, spielte mit den zwei zierlichen Hebeln und fingerte an ein paar Schrauben herum. Dann wurde es ihm langweilig, er ließ die Maschine unbedekt stehen, ging an die Esse, ließ einen Hobelspan auflockern und zündete sich eine Zigarette an. Die behielt er qualmend im Munde und versiel die Werkstatt mit demselben behaglichen Bummlerschritt, mit dem er gekommen war.

Als er draußen war, ging der Meister hin und breitete das Tuch wieder sorgfältig über die Maschine. Er sagte kein Wort und war mir an diesem Abend ein Rätsel. Daß Hans Bastels Angelegenheit nun damit erledigt sei, wagte keiner von uns zu hoffen, mir aber postierte vor lauter Erregung ein böses Ungeschick: es brach mir ein feiner Gewindebohrer im Eisen ab, und von diesem Augenblick an fürchtete ich nur noch für meine eigene Haut und dachte an nichts anderes mehr. Es war eine Qual, wie trüg die Zeit bis zum Feierabend verging, und sooft der Meister an dem Regal vorüber kam, in dem die Gewindebohrer sauber nach den Nummern geordnet lagen, wurde mir heiß und stund.

(Schluß folgt.)

Neue Kämpfe bereiteten sich im Innern des Landes, sowie im Lager der Emigranten vor. Um das Werk der Revolution zu vollenden und zu krönen bedurfte es eines neuen Aufbruchs und einer neuen Revolution des Volkes. Sie bereitete sich diesmal in den Schenken und „Klubs“ von Paris vor, besonders im Viertel Saint-Antoine, wo die Bürger sich versammelten, um „die Freiheit und das Vaterland zu retten“.

In den Wochen, die dieser Bewegung vorausgingen, fiel es noch niemandem ein, die rote Fahne zum Symbol der Revolution zu wählen.

Pierre Gaspar Chaumette, Syndikus der Pariser Kommune im Jahre 1792, und einer der Begründer des „Kultus der Vernunft“, der später von den Heberisten geköpft wurde, schreibt, daß die rote Fahne im Klub der Cordeliers, wo Danton seine Anhänger versammelte, ihren Ursprung hatte. Mehrere Komitees arbeiteten an der Organisation des Aufstandes. Eines dieser Komitees schlug vor, die rote Fahne zum Sinnbild der Revolution zu erwählen mit folgender Inschrift: „Belagerungszustand des Volkes gegen den Aufstand des Hofes.“

Chaumette fügt hinzu: „Unter dieser Fahne sollen sich alle freien Männer versammeln, alle Republikaner, denen man einen Sohn, einen Freund oder Anverwandten am 17. Juli 1791 auf dem Marsfeld ermordet hatte.“

Ein anderer Zeitgenosse dieser Ereignisse, das Kommentarglied Carra, der im Jahre 1793 mit den Girondisten guillotiniert worden war, gibt eine andere Version. Er erzählt, daß es in der kleinen Schenke „Le Soleil d'Or“ war, in der die rote Fahne als Emblem der Revolution vorgeschlagen und angenommen wurde. Eines Abends erschien ein gewisser Fournier im Revolutionskomitee und brachte eine rote Fahne mit, die Carra selbst als Fahne der Revolution vorschlug mit der Inschrift: „Belagerungszustand des souveränen Volkes gegen die Revolte der herrschenden Macht“.

Welches ist die richtige Version? Was liegt daran? Tatsache ist, daß die rote Fahne, Symbol der Revolution aus der Französischen Revolution hervorgegangen ist. Alle Revolutionäre begrüßten sie mit Begeisterung. Sie wurde die Fahne der Föderierten, und dreißig Kommunen hissten sie. Unter ihrem Zeichen erhob sich Paris am 10. August 1792, belagerte die Tuileries, entthronte den König und nahm ihn gefangen. Und hinter der roten Fahne marschierte an diesem denkwürdigen Tage das Pariser Volk auf. Unter der roten Fahne wurde die Republik geboren!

Die rote Fahne, Fahne des siegreichen Volkes, erreichte in jenen Tagen den Gipfel ihres Ruhmes.

Erst der Militärdiktator Napoleons gelang es, die rote Fahne herabzureißen und die Tricolore aufzupflanzen, die ihrerseits im Jahre 1814 durch die weiße, lilienbesetzte Fahne der Bourbonen ersetzt wurde.

Aber das Pariser Volk vergaß keine rote Fahne nicht und den gewaltigen Sieg, den es unter ihr davongetragen hatte.

Während der großen Revolte der Seidenarbeiter in Lyon im Jahre 1831 schlangen die Anführer eine schwarze Fahne zum Zeichen von Hungernot und Gend. Doch 1848 taucht die rote Fahne in den Händen des Volkes wieder auf und die Arbeiter verlangen von der provisorischen Regierung die rote Fahne als Emblem der Republik wieder einzuführen. Der Dichter Lamartine widerlegt sich dieser Forderung und begründet dies folgendermaßen: „Die Tricolore machte ihren Siegeszug über die ganze Welt, während die rote Fahne, rot vom Blut des Volkes, blüht um das Marsfeld herum.“

Da wurde die rote Fahne zum Symbol der Arbeiterbewegung und der ersten Internationalen. Und seitdem hat auch die rote Fahne ihren Siegeszug um die ganze Welt vollbracht.

Rundfunk in den Wärdern und Eisenbahnen. Der „Radio-Klub der ungarischen Eisenbahn“, der sich vor einigen Tagen in Budapest gebildet hat, verfolgt die Absicht, in den Wärdern sämtlicher Eisenbahnen und in den Zügen selbst Rundfunkapparate einzurichten. Er zehlt von der Ansicht aus, daß die ermüdeten Reisenden, die sich meist in den Warterräumen aufhalten, durch die musikalischen Darbietungen und Vorträge erfrischt und unterhalten werden. Es dürfte sich also diese Einrichtung als besonders angenehm und nahrbringend erweisen. Die Bahnhofsstände werden aus diesem Grunde ein großes Interesse daran haben, in ihren Räumen die Rundfunkapparate aufstellen zu lassen, da dadurch der Verbrauch von Getränken und Nahrungsmitteln gehoben würde. Besonders in kleineren Städten werden dadurch die Bahnhöfe auch Anziehungspunkte für den Besuch der Bevölkerung werden, die über eigene Rundfunkempfangsapparate nicht verfügen. Es sollen hochwertige Geräte angebracht werden, die mehrere Sender empfangen können und durch starke Lautsprecher auch in dem Lärm des Eisenbahnbetriebes vernehmbar sein werden. Ähnliche Maßnahmen will man in den Eisenbahnzügen selbst treffen. Hier soll die Langeweile der Eisenbahnfahrer durch Rundfunkdarbietungen gemildert werden. Der Klub will seine Tätigkeit übrigens nicht auf Ungarn allein beschränken, sondern auch für Oesterreich, Deutschland und andere Länder werden.

Die Entdeckung einer vorertruskischen Felsenstadt. Ueber eine Entdeckung von allergrößter geschichtlicher Bedeutung machte der holländische Archäologe Prof. Umberto Colson die ersten Mitteilungen auf dem Internationalen Christlichen Konvent, der jetzt in Florenz stattfindet. Er hat an den unteren Abhängen des Monte Cetona, etwa 10 Kilometer südlich von Chiusi (Italien), eine vorgeschichtliche Felsenstadt gefunden, die der Bronzezeit angehört und etwa von 2000 bis 2500 v. Chr. errichtet wurde. Die Felsenräume sind ohne jeden Schmuck, haben aber große Nischen für Lager und kleinere Nischen, die augenscheinlich als Schränke dienten. Eine große Menge von Tongefäßen zeigte Schmu mit Spiralen, Punkten und Mäandern in einem orientalischen Stil, der dem der mykenischen Kultur ähnel. Wertwüdig ist es, daß die Ornamente nicht nur mit Werkzeugen, sondern auch mit den Fingern und Fingerringen in den Ton eingepreßt wurden. Außerdem förderte man einige Bronzegeräte, viele Tierknochen und Leberreste von Mädelchen ans Licht. Gräber sind noch nicht gefunden, aber die Durchforschung ist auch noch nicht beendet. Colson hält die Entdeckung dieser Felsenfestung der Bronzezeit deshalb für so wichtig, weil sie die ersten Spuren einer Kultur enthält, die der ersten ertruskischen Periode unmittelbar vorausging. Dadurch wird die Annahme bestätigt, daß die Kultur der Etrusker mehr eine von selbst erwachsene, als von außen eingeführte ist. Bemerkenswert ist es, daß diese Stadt der Bronzezeit nahe bei Chiusi lag, das eine der ältesten und wichtigsten ertruskischen Siedlungen war.

